

GI Leitsätze

erlaubnispflichtige Rechtsbesorgung / Wirtschaftsberatungsgesellschaft / Schuldenregulierung

Verhandlungen eines Wirtschaftsberaters über einen Schuldenerlaß oder vergleichsweise Erledigung der Schulden stellen Rechtsbesorgung dar, die nicht mehr als Nebenaufgabe im Sinne der Freistellungsvorschrift des Art. 1 § 5 Nr. 1 RBerG erledigt werden dürfen. Eine solche erlaubnispflichtige Rechtsbesorgung ist den Wirtschaftsberatern untersagt.

(BAG, Urt. v. 24. 3. 1993 – 4 AZR 258/92)

Berufshaftpflichtversicherung / Prämienzahlungspflicht / Versicherungslücke / gewissenhafte Berufsausübung

Zahlt der Steuerberater die Anschlußprämie für seine Berufshaftpflichtversicherung verspätet und erst nach Kündigung der Versicherung unter Mitteilung des Tatbestandes an die Berufskammer gem. § 67 Satz 2 StBerG, verstößt er auch dann gegen die Pflicht zur gewissenhaften Berufsausübung, wenn die entstandene Versicherungslücke durch ein Entgegenkommen des Versicherers rückwirkend und vollständig geschlossen werden kann.

(LG Düsseldorf, Urt. v. 29. 1. 1993 – 45 StL 20/2 – StBK Köln 1993, Heft 10 – 12, 20)

Unternehmensberatungsgesellschaft / Steuerberatungspraxis / Werbung

1. Die Aufnahme des Namens eines Steuerberaters in die Firma einer Unternehmensberatungsgesellschaft, die ihren Sitz am Ort der beruflichen Niederlassung hat, ist insgesamt geeignet, einen Werbeeffect auch für die Steuerberaterpraxis zu entfalten und verstößt damit gegen das Verbot berufswidriger Werbung.
2. Das Ansehen des Berufes verlangt es, daß sich ein Steuerberater auch in eigenen Steuerangelegenheiten korrekt verhält.

(LG Münster, Urt. v. 10. 8. 1993 – StBK Rheinland Pfalz 1994, 6)

verdeckte Gewinnausschüttung / Steuerberatungs-GmbH im Konzern / Gebührenberechnung

1. Wird innerhalb eines Konzerns eine Steuerberatungsgesellschaft gegründet, die die Steuerberatung der konzernangehörigen Gesellschaften übernimmt, so sind letztere gehalten, die Dienstleistungen der Steuerberatungsgesellschaft nach der maßgebenden Gebührenordnung zu entgelten. Ein unangemessen niedriges Entgelt kann verdeckte Gewinnausschüttung i. S. des § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG 1977 sein.
2. Bei einer verhinderten Vermögensmehrung tritt der Vermögensabfluß zeitlich gesehen in dem Augenblick ein, in dem die Vermögensmehrung bei einer unterstellten angemessenen Entgeltsvereinbarung sich nach allgemeinen Realisationsgrundsätzen gewinnerhöhend ausgewirkt hätte.

(BFH, Urt. v. 23. 6. 1993 – I R 72/92 – Stbg 1993, 562)

Büroorganisation

– neue Telefaxnummer

(BGH, Beschl. v. 24. 3. 1994 – III ZB 14/94)

Leitsatz:

Zu den Anforderungen an die anwaltliche Sorgfaltspflicht, Mitteilungen über die Aufhebung einer gemeinsamen Fernkopierstelle der örtlichen Justizbehörden in seiner Kanzlei organisatorisch umzusetzen.

Aus den Gründen:

I.

Der Beklagte ist durch Urteil des Landgerichts verurteilt worden, an den Kläger 20.000 DM nebst Zinsen zu bezahlen. Gegen das am 21. 4. 1993 zugestellte Urteil hat der Beklagte Berufung eingelegt. Die an das zuständige Berufungsgericht, das Oberlandesgericht München, gerichtete Rechtsmittelschrift vom 21. 5. 1993 ist per Telefax am gleichen Tage an das beim Amtsgericht München aufgestellte Telefax-Empfangsgerät mit der Anschlußnummer 55 97 - 28 50 übermittelt worden.

Die Berufungsschrift ist vom Amtsgericht München an die allgemeine Einlaufstelle der Justizbehörden weitergeleitet worden und dort am 24. 5. 1993 eingegangen. Auf Hinweis des Vorsitzenden, der am 21. 6. 1993 zur Post gegeben worden ist, daß die Berufungsschrift verspätet eingegangen sei, hat der Beklagte mit Schriftsatz vom 23. 6. 1993, der am gleichen Tage per Telefax dem Berufungsgericht zugegangen ist, erneut Berufung eingelegt, diese begründet und zugleich die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist beantragt.

Das Berufungsgericht hat die Berufung des Beklagten unter Zurückweisung des Wiedereinsetzungsantrags als unzulässig verworfen. Hiergegen richtet sich die sofortige Beschwerde.

II.

Die nach §§ 238 Abs. 2 Satz 1, 519 b Abs. 2, 547, 577 Abs. 2 ZPO zulässige sofortige Beschwerde bleibt in der Sache ohne Erfolg.

1. Der Beklagte hat die Frist zur Berufungsbegründung nicht eingehalten.

Das Urteil des Landgerichts ist dem Beklagtenvertreter am 21. 4. 1993 nach § 212 a ZPO zugestellt worden. **Dabei ist unschädlich, daß die**

Monatsangabe des Stempelaufdrucks „Eingegangen 21. MRZ. 1993 RA St.“ auf dem an das Landgericht unterschriebenen zurückgesandten Empfangsbekenntnis unrichtig ist; hierdurch wird die Wirksamkeit des Empfangsbekenntnisses nicht berührt (BGHZ 35, 236, 238; BGH, Urt. v. 13. 5. 1992 – VII ZR 190/91 – NJW-RR 1992, 1150).

Die Berufungsfrist ist somit am 21. 5. 1993 abgelaufen. Demgegenüber ist die Berufungsschrift erst am 24. 5. 1993 bei der allgemeinen Einlaufstelle der Münchener Justizbehörden und damit beim Berufungsgericht eingegangen.

Die Übermittlung der Berufungsschrift an das Amtsgericht München über das Telefax-Empfangsgerät mit der Anschlußnummer 55 97-28 50 ist nicht fristwährend gewesen:

Zwar war dieses Empfangsgerät durch Vereinbarung der Münchener Justizbehörden im Jahr 1988 als gemeinsame Fernkopierstelle eingerichtet worden. Diese Vereinbarung ist jedoch am 26. 11. / 9. 12. 1991 mit Ablauf des 31. 3. 1992 wieder aufgehoben worden.

Die Aufhebung wurde am 19. 12. 1991 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht, dem Organ, in dem die amtlichen Bekanntmachungen des Oberlandesgerichts zu veröffentlichen sind. Dabei ergibt sich aus dem Gesamtzusammenhang der Ausführungen des Berufungsgerichts, daß diese Veröffentlichung in der Münchener Ausgabe stattgefunden hat. Dies wird von der Beschwerde auch nicht ernsthaft in Frage gestellt, die lediglich ein ausdrückliches Zitat der Ausgabe vermißt.

Aufgrund dessen kann dahingestellt bleiben, ob der Auffassung des Bayerischen Obersten Landesgerichts zu folgen ist, wonach die allgemeine Bekanntmachung Voraussetzung dafür ist, daß eine Aufhebungsvereinbarung über eine gemeinsame Fernkopierstelle nach außen hin Rechtswirkungen entfalten kann (BayObLG, MDR 1991, 1088).

Seit dem 1. 4. 1993 ist das vom Beklagten in Anspruch genommene Empfangsgerät jedenfalls keine Fernkopierstelle des Oberlandesgerichts München mehr. Damit ist die Berufungsschrift vom 21. 5. 1993 beim unzuständigen Gericht eingegangen.

2. Das Berufungsgericht hat dem Beklagten auch zu Recht die beantragte Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist versagt, weil die Fristversäumung auf dem Verschulden des Prozeßbevollmächtigten des Beklagten beruht (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO).

- a) Das Berufungsgericht geht zunächst davon aus, daß dem Beklagtenvertreter schon aufgrund der **Veröffentlichung in der Süddeutschen Zeitung** hätte bekannt sein müssen, daß die Telefax-Anschlußnummer 55 97-28 50 nur noch für das Amtsgericht München zur Verfügung steht: **Als beim Oberlandesgericht München zugelassener Anwalt müsse er sich über die amtlichen Bekanntmachungen dieses Gerichts informieren.**

Das Berufungsgericht verweist den Beklagtenvertreter weiter darauf, daß er die Aufhebung auch den **Mitteilungen der Rechtsanwaltskammer**, die er nach eigenen Angaben stets sorgfältig lese, hätte entnehmen können: Bereits im Februar 1991 sei darauf aufmerksam gemacht worden, daß die gemeinsame Fernkopierstelle nur vorübergehend, nämlich vermutlich bis Ablauf des 31.12.1991, beibehalten werde. Im September 1992 sei schließlich den Rechtsanwälten des Bezirks mitgeteilt worden, daß die beim Amtsgericht München eingerichtete gemeinsame Fernkopierstelle der Münchener Justizbehörden (Nebenstelle 2850) mit Wirkung zum 31.3.1992 aufgehoben worden sei.

Aufgrund dieser Informationen sei der Beklagtenvertreter verpflichtet gewesen, anzuordnen und selbst zu überprüfen, daß die Telefax-Anschlußnummer des Oberlandesgerichts München in seiner Kanzlei zutreffend vermerkt und verwendet werde.

Hiergegen wendet sich die Beschwerde ohne Erfolg.

Die Beschwerde räumt selbst ein, daß der Beklagtenvertreter die Mitteilung der Rechtsanwaltskammer über die Aufhebung der gemeinsamen Telekopierstelle zur Kenntnis genommen hat. Der Beklagtenvertreter meint jedoch, er habe sich darauf verlassen dürfen, daß an gleicher Stelle die neue Telefax-Anschlußnummer des Oberlandesgerichts mitgeteilt werde. Wäre dies geschehen, hätte sein Personal aufgrund bestehender Anweisungen die neue Nummer in der EDV-Anlage eingespeichert.

Dem kann nicht gefolgt werden. Die Mitteilung über die Aufhebung der gemeinsamen Fernkopierstelle mit Wirkung zum 31.3.1992 enthält den ausdrücklichen Hinweis, daß dieser Telefax-Anschluß seither **allein** für die Zivilprozeßabteilung des Amtsgerichts München Verwendung finde und die übrigen Münchener Gerichte inzwischen über eigene Telefax-Anschlüsse verfügten. Nachdem diese Mitteilung ein halbes Jahr nach Inkrafttreten der Aufhebungsvereinbarung erfolgt war, durfte der Beklagtenvertreter nicht weiter untätig bleiben. Er wäre vielmehr spätestens zu diesem Zeitpunkt gehalten gewesen, selbst oder durch

besondere Anweisung an sein Personal den neuen Telefax-Anschluß des Oberlandesgerichts in Erfahrung zu bringen und die künftige Verwendung dieser Anschluß-Nummer sicherzustellen.

- b) Das Berufungsgericht führt weiter aus, auch der Umstand, daß der Beklagtenvertreter länger als ein Jahr nach Inkrafttreten der Aufhebungsvereinbarung beanstandungslos unter der alten Anschluß-Nummer Schriftsätze per Telekopie an das Oberlandesgericht übermittelt habe, entlaste ihn nicht: Solche Schriftsätze würden an das Oberlandesgericht weitergeleitet; sofern sie dort vor Fristablauf eintreffen, erfolgte keine Beanstandung. Daß der Beklagtenvertreter in diesen Fällen die Schriftsätze ebenfalls – wie vorliegend – am letzten Tage übermittelt habe, werde nicht behauptet.

Auch insoweit ist dem Berufungsgericht zu folgen. Durch dieses Vorbringen des Beklagtenvertreters ist nicht dargetan, daß ungeachtet der Aufhebung der gemeinsamen Fernkopierstelle in der gerichtlichen Praxis ausreichende Vorkehrungen gegen eine Fristversäumung getroffen worden waren. Dies wäre etwa dann der Fall gewesen, wenn durch entsprechende organisatorische Maßnahmen sichergestellt gewesen wäre, daß an das Oberlandesgericht gerichtete Schriftsätze noch am selben Tage vom Amtsgericht an die allgemeine Einlaufstelle oder unmittelbar an das Oberlandesgericht weitergeleitet wurden, und der Beklagtenvertreter auf die Einhaltung dieser gerichtlichen Übung vertrauen durfte (vgl. BGH, Beschl. v. 16.10.1991 – IV ZB 8/91 – jur-pc 1992, 1578).

Steuerberaterhaftung

- Aufteilung der Umsätze (§ 4 Nr. 12 a UStG)
- Durchführung von Flohmärkten
- Verjährung
- Anlagezinsen
- Anmerkung

(OLG Köln, Urt. v. 3.3.1993 – 13 U 191/92)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Steuerberater hat Flohmarktumsätze seines Mandanten daraufhin zu überprüfen, ob und inwieweit eine Aufteilung in steuerpflichtige und steuerfreie Umsätze nach § 4 Nr. 12 a UStG (Vermietungen und Verpachtungen) vorzunehmen ist.

2. Werden fehlerhaft alle Einnahmen aus der Durchführung von Flohmärkten zur Umsatzsteuer angemeldet, entstehen dem Mandanten vermeidbare Steuermehrbeträge. Hätten ihm diese zur Verfügung gestanden, ist – angesichts der Höhe von DM 47.000,– typischerweise – davon auszugehen, daß er die Beträge zu einem allgemein üblichen Zinssatz angelegt hätte (Verlust von Anlagezinsen).

Aus den Gründen:

Nachdem das Landgericht die Kläger mit ihrem nach Grund und Betrag streitigen Klagebegehren durch Teilurteil (§ 301 Abs. 1 ZPO) für die Umsatzsteuerjahre 1983 bis 1985 abgewiesen hat, hat der Senat auf deren Berufung hin ein Grundurteil gemäß § 304 Abs. 1 ZPO in dem aus dem Tenor des Berufungsurteils ersichtlichen Umfang erlassen, da er – anders als das Landgericht – den Klageanspruch dem Grunde nach insoweit ohne Beweisaufnahme aus Rechtsgründen für gerechtfertigt erachtet. Zugleich erweist sich im übrigen die Berufung als teils erfolgreich, teilweise unbegründet, weil im Sinne einer endkräftigen Entscheidung die von den Klägern begehrte Feststellung zum Teil getroffen werden konnte, während es weitergehend zu diesem Antrag wie auch zu einem geringen Teil des beziffert geltend gemachten Zinsschadens seit 1. 2. 1984 bei dem klageabweisenden Urteil des Landgerichts verbleiben mußte. Notwendige Folge der (teilweisen) Entscheidung zum Grunde war die Zurückverweisung der Sache wegen des diesbezüglichen Betragsverfahrens gemäß § 538 Abs. 1 Nr. 3 ZPO, weil insoweit keine Entscheidungsreife vorliegt und weitere Erhebungen ohnehin vom Landgericht zu dem dort noch anhängigen restlichen Teil des Prozesses zu treffen sind.

Im einzelnen gilt folgendes:

I. Zur Entscheidung über den Grund der Klageforderung und die Abweisung eines Teils des bezifferten Zahlungsantrags.

Die Klage ist für den vom Landgericht in seinem Teilurteil beschiedenen Zeitraum der Umsatzsteuerjahre 1983 bis 1985 – mit Ausnahme des verjährten Zinsschadenbegehrens von 6 % Zinsen aus 47.407,59 DM seit 1. 2. 1984 – aus dem Gesichtspunkt einer positiven Forderungsverletzung des Steuerberatungsvertrages dem Grunde nach gerechtfertigt. Daß zwischen den Parteien für den genannten Zeitraum (und darüber hinaus) ein Steuerberatungsvertrag als Geschäftsbesorgungsvertrag bestand, vermöge dessen den Beklagten die laufende steuerliche Beratung der Kläger in allen Angelegenheiten einschließlich der Fertigung der Jahressteuererklärungen und -abschlüsse oblag, ist ebenso unstreitig wie die Tatsache, daß die Kläger – was den Beklagten bekannt war – ihre

Umsätze **überwiegend** aus der Veranstaltung sog. Flohmärkte erzielten. **Indem die Beklagten für die Steuerjahre 1983 bis 1985 einschließlich die gesamten Umsätze der Kläger bei den Jahressteueranmeldungen, aber auch schon vorher bei den Steuervoranmeldungen ausnahmslos der Umsatzsteuer unterwarfen, haben sie die ihnen obliegenden Pflichten zur umfassenden und optimalen Beratung und Wahrnehmung der Interessen ihrer Mandanten verletzt.** Angesichts der Tatsache, daß den von den Klägern veranstalteten Flohmärkten nach Auffassung des Senats nicht anders als in den (späteren) Jahren 1986 – 1989 auch in dem hier interessierenden Zeitraum der Charakter von Verkaufsveranstaltungen beizumessen war, **hätte auch für die Zeit von 1983 – 1985 die richtige steuerliche Behandlung der hierdurch erzielten Umsätze darin bestanden, eine Aufteilung in steuerpflichtige und steuerfreie Umsätze nach § 4 Nr. 12 a UStG vorzunehmen.**

Denn die von den Klägern überwiegend betriebenen Geschäfte – Vermietung von Grundstücksflächen an private und gewerbliche Anbieter zur Durchführung der Floh- und Trödelmärkte sowie Organisation solcher Märkte – fielen als sogenannte gemischte Verträge mit einem Hauptanteil miet- bzw. pachtrechtlicher Art ganz überwiegend unter die Steuerbefreiung (vgl. BFH BStBl. 1960, III, S. 261; § 80 UStR (1985); OFG Koblenz v. 17.11.1986, UR 1987, 185). Die Frage nach dem Vorliegen eines Mietvertrages i. S. v. § 4 Nr. 12 a UStG ist nach bürgerlich-rechtlichen Grundsätzen zu entscheiden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß hier Grundstücksteile nach laufendem Meter für die Trödelanbieter zur Nutzung als Verkaufsflächen zur Verfügung gestellt wurden gegen Entgelt von durchschnittlich 15,00 DM/lfd. m (vgl. § 535 BGB). Rechtserhebliches hiergegen haben die Beklagten nicht vorgebracht, obwohl sie als Steuerberater die entsprechenden Unterlagen anlässlich der steuerlichen Erklärungen seinerzeit vorliegen hatten; daß etwa – wie sie vorgetragen haben – die Kläger in den Jahren vor 1983 auch andere Veranstaltungen durchführten, steht jedenfalls dem – zumindest auch – mietvertraglichen Charakter der Verträge 1983 – 1985 nicht entgegen.

Allerdings haben die Kläger unstreitig auch Organisations- und Werbemaßnahmen anlässlich der veranstalteten Flohmärkte vorgenommen; dies führt jedoch lediglich zur Annahme eines gemischten Vertrages, bei dem nicht etwa die Gebrauchsüberlassung des Grundstücks derart zurücktritt, daß von einem Vertrag besonderer Art i. S. von Nr. 81 UStR (1985) gesprochen werden könnte, der die Anwendung von § 4 Nr. 12 a UStG ganz ausschliesse. Nach der ständigen Rechtsprechung des BFH seit seinem Urteil v. 7. 4. 1960 (BStBl. III, S. 261) hat nicht nur die Überlassung von Grundstücksflächen auf Wochenmärkten als Leistung aus gemischtem Vertrag mit

größeren Vermietungsanteil zu gelten; vielmehr gilt gleiches für Jahrmärkte mit reinem oder zumindest überwiegendem Verkaufsmarktcharakter (vgl. auch Nr. 80 Abs. 3 UStR [1985]). Nichts anderes aber stellt der sog. Floh- oder Trödelmarkt vorliegender Prägung dar, weil insbesondere eine Beteiligung von Gastronomie, die dem Markt eine Art Vergnügungs- oder Volksfestcharakter geben könnte, unstreitig im wesentlichen nicht stattfand. In diesem Sinne hat auch die Finanzverwaltung anlässlich der Sonderprüfung für die späteren Jahre die unternehmerische Tätigkeit der beiden Kläger eingestuft, nämlich als reine oder überwiegende Verkaufsveranstaltungen; daß dies im wesentlichen für die hier in Frage stehenden Jahre anders zu beurteilen wäre, vermag der Senat nicht zu erkennen. Entgegen der Ansicht der Beklagten haben auch etwaige hohe Organisations- und Werbekosten der Kläger für gewisse Zeiträume keine „Ausschlußwirkung“ bezüglich der anteilig in Betracht kommenden Umsatzsteuerbefreiung. Die Werbung durch Inserate usw. hat Doppelfunktion: einerseits Anwerbung der potentiellen „Mieter“ (Marktbesucher) und damit unmittelbaren Zusammenhang mit der Vermietung (wie bei sonstigen Vermietungsannoncen), andererseits Anwerbung der potentiellen Käufer und damit „echte“ Werbung für die Marktverkäufer; dabei kann ein Überwiegen in der einen oder anderen Richtung nicht festgestellt werden. Ähnliches kann hinsichtlich organisatorischer Maßnahmen angenommen werden. Wie im übrigen die Sonderprüfung für den Kläger zu 1) zeigt, führten selbst hohe „sonstige“ Kosten nicht zu einem völligen Wegfall der Befreiung, sondern lediglich zu einer – gegenüber dem Normalfall von 75 % : 25 % – ungünstigeren hälftigen Zuordnung.

Die Frage, in welchem konkreten Umfang eine Aufteilung der Leistungsentgelte in einen steuerfreien und einen steuerpflichtigen Anteil in den Jahren 1983 – 1985 vorzunehmen war, konnte der Senat im Rahmen der Entscheidung über den Haftungsgrund offenlassen – und hat dies auch getan; denn dabei handelt es sich im wesentlichen um Fragen der Anspruchshöhe, die dem entsprechenden weiteren landgerichtlichen Verfahren vorbehalten bleiben, und zwar auch, soweit es um sonstige, „flohmarktfremde“ Geschäfte geht.

Die Beklagten haben die ihnen jeweils wiederholt unterlaufenen Berufsfehler auch zu vertreten. In erster Linie ging es um die Subsumtion des ihnen bekannten Lebenssachverhalts: „Durchführung von Flohmärkten als Verkaufsveranstaltungen“ unter das Gesetz (hier: § 4 Nr. 12 a UStG); schon von daher war es ein nicht entschuldbarer Berufsfehler, die „Vermietung“ der Standflächen nicht als solche zu erkennen und zuzuordnen. Selbst wenn – wie die Beklagten vortragen – das Betätigungsfeld der Kläger im Jahre 1980 (zum Teil?) anders gewesen sein sollte, befreit dies

nicht von der Verantwortlichkeit für die Jahre 1983 ff.; anhand der ihnen vorgelegten Belege waren die Flohmärkte als solche erkennbar, mindestens hätten sich die Beklagten bei den Klägern informieren müssen. Waren die Beklagten über den Mischcharakter der Verträge im Zweifel, hätte die veröffentlichte höchstrichterliche Rechtsprechung (BFH BStBl. 1960 [III], 261; BStBl. 1969 [II], 94), die ein Steuerberater auch damals kennen mußte, zweifellos über die korrekte steuerliche Aufteilung („Jahrmärkte als Verkaufsmärkte“) Aufschluß gegeben. Angesichts dessen kann es darauf, ob Steuerbehörden eine abweichende Handhabung damals pflegten, nicht ankommen. Im übrigen gaben die bereits Ende 1984 veröffentlichten UStR (1985) nur noch einmal zusammengefaßt die seit langem bestehenden Rechtsprechungsgrundsätze nochmals wieder. Daß auch bei Betriebsprüfungen zunächst die volle Versteuerung nicht beanstandet wurde, liegt auf der Hand, weil eben bei voller Versteuerung durch einen Steuerberater grundsätzlich kein Anlaß zu einer abweichenden Handhabung besteht.

Die schuldhafte Vertragsverletzung der Beklagten läßt auch mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Schaden erwarten, der den Klageanspruch für die betreffenden Zeiträume rechtfertigt. Die Kläger haben als Folge der Schlechterfüllung des Vertrages durch die Beklagten sowohl die Entstehung von ungerechtfertigten Steuermehrbeträgen aus der Zeit der BGB-Gesellschaft und für den Rest des Jahres 1985 gesondert als auch den Verlust von Anlagezinsen im einzelnen mit ihren Klageanträgen spezifiziert und unter Beweis gestellt. Die Grundlagen für die Steuermehrbeträge sind nicht nur mit mindestens 90 % der Gesamtumsätze dargelegt, sondern auch durch die Überschußrechnung und zusätzlich die in der Berufungsinstanz vorgelegten Listen substantiiert worden, Zeugen- und Sachverständigenbeweis hierzu wurde ebenfalls angetreten. Die behauptete Aufteilung von 75 % : 25 % entspricht dem Regelfall, so daß es auch diesbezüglich weiterer Darlegung nicht bedarf. Bei dieser Sachlage kann von einem unzulässigen Ausforschungsbeweis nicht die Rede sein, zumal die Beklagten als Steuerberater über die Vorgänge informiert und die Schwierigkeiten bei der Auffindung der geeigneten Beweisunterlagen gerade auch infolge ihrer Pflichtverletzungen entstanden sind. Angesichts der Korrekturen für die Folgejahre durch die Finanzbehörden spricht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß zumindest eine Umsatzaufteilung im Verhältnis 50 % : 50 % auch für die Vorjahre stattfindet.

Eine entsprechend hohe Wahrscheinlichkeit gilt auch für den **Verlust von Anlagezinsen** als selbständigen Teil des Schadenersatzanspruchs (vgl. hierzu BGH NJW 1987, 3136, 3138). Angesichts der Höhe der jeweiligen, in den einzelnen Zeiträumen zuviel gezahlten Steuerbeträge ist der Verlust

von Anlagezinsen jeweils ab 1. Februar des auf das Steuerjahr folgenden Jahres hinreichend dargelegt; **es kann typischerweise davon ausgegangen werden, daß die Steuermehrbeträge, hätten sie seinerzeit zur Verfügung gestanden, nicht ungenutzt geblieben, sondern zu einem allgemein üblichen Zinssatz angelegt worden wären** (vgl. BGH BB 1992, 231 f.; WM 1980, 85). Den Einwand der Beklagten, es sei überhaupt kein Schaden entstanden, weil die Kläger von vornherein die volle Mehrwertsteuer einkalkuliert und die Preise entsprechend erhöht hätten, hält der Senat für nicht durchgreifend. Eine solche Handhabung widerspricht jeglicher vernünftiger Handhabungsweise, weil die Kläger offenbar von den Beklagten gar nicht über die Möglichkeit der teilweisen Steuerbefreiung informiert waren. Zudem haben sie belegt, daß die von ihnen kalkulierten Preise branchenüblich waren; dies entspricht auch den Erfahrungswerten, die das Finanzamt bei den Sonderprüfungen zugrunde gelegt hat. Vernünftige Anhaltspunkte dafür, daß dies in den Vorjahren anders gewesen sein könnte, bestehen nicht.

Nach Auffassung des Senats können die Beklagten auch nicht mit dem Einwand gehört werden, die Kläger müßten sich für das Steuerjahr 1985 in bestimmtem Umfang ein **Mitverschulden wegen unterlassenem Änderungsantrag**/Antrag auf Außenprüfung anrechnen lassen (§ 254 BGB). § 173 Abs. 1 Nr. 2 a AO erlaubt die Änderung eines den Steuerpflichtigen belastenden, bestandskräftigen Bescheids durch Festsetzung niedrigerer Steuern nur, soweit Tatsachen oder Beweismittel nachträglich bekannt werden und den Steuerpflichtigen kein grobes Verschulden daran trifft, daß die Tatsachen oder Beweismittel erst nachträglich bekannt wurden. Abgesehen davon, daß die falsche **rechtliche** Einstufung durch den Steuerberater nicht unter diese Voraussetzungen fällt, müßten sich die Kläger das Verschulden ihrer Steuerberater zurechnen lassen (vgl. BGH GI 91, 171 = NJW 1991, 2828 f. m.w.N.); danach wäre ein entsprechender Antrag erfolglos geblieben. Noch viel weniger kann davon ausgegangen werden, daß die Kläger einen Antrag auf Rücknahme nach § 130 AO für erfolgversprechend halten mußten und deshalb ein solcher Antrag verlangt werden könnte; dies um so weniger, als jedenfalls ein entsprechender Hinweis anläßlich der Sonderprüfung für die gleichgelagerten Fälle ab 1986 durch das Finanzamt nicht erfolgt ist. Schließlich ist den Beklagten aber ein entsprechender Einwand verwerht (§ 242 BGB), weil sie selbst als zumindest bis zur Klageschrift für die Kläger tätige Steuerberater diese nicht pflichtgemäß über diese Möglichkeit aufgeklärt hätten, sondern das Verstreichen der von ihnen behaupteten Frist für die Geltendmachung abgewertet haben.

Hinsichtlich der von den Beklagten erhobenen **Einrede der Verjährung** ist nach den Schadenarten zu unterscheiden.

Die Forderungen hinsichtlich zu Unrecht für die Jahre von **1983 bis 1985 geleisteter Steuerbeträge** sind zumindest unter dem Gesichtspunkt der sog. Sekundärhaftung nicht verjährt.

Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs tritt ein **Schaden, der in der Festsetzung zu hoher Steuern durch die Pflichtverletzung des Steuerberaters besteht, in der Regel erst mit der Unanfechtbarkeit (Bestandskraft) des entsprechenden Steuerbescheids ein**, so daß die dreijährige Verjährungsfrist des § 68 StBerG erst ab diesem Zeitpunkt beginnt (vgl. BGH GI 92, 320 = NJW 1992, 2828, 2829; vgl. auch GI 91, 313 = NJW 1992, 2833, 2835). Sieht man dementsprechend den Umsatzsteuerbescheid vom 9. 9. 1987 als maßgeblich an, weil er eine endgültige Änderung zum Nachteil des Steuerschuldners beinhaltete und bis zu dessen Bestandskraft jederzeit Änderungen zugunsten der Kläger für 1983 – 1985 möglich gewesen wären, so trat Unanfechtbarkeit und damit Beginn des Verjährungsfristenlaufs nicht vor dem 12. 10. 1987 ein; der Fristablauf wurde dann durch die Einreichung der Klageschrift am 10. 9. 1990 infolge „demnächstiger“ Zustellung (§ 270 Abs. 3 ZPO) wirksam unterbrochen. Nichts anderes gilt im Ergebnis dann, wenn man die jeweils nach dem 10. September eines Jahres für das Vorjahr abgegebene Jahressteuererklärung der Beklagten für maßgeblich ansieht; in diesem Fall begann der Fristenlauf für das Jahr 1983 frühestens am 11. 9. 1984. Auf den Ablauf der 3-Jahresfrist am 11. 9. 1987 könnten sich die Beklagten unter dem Gesichtspunkt der Sekundärhaftung nicht berufen, weil sie jedenfalls aufgrund des Bescheides vom 9. 9. 1987 sich erneut einer Pflichtverletzung (fehlende Aufklärung über die Regreßansprüche der Kläger gegen sie sowie Unterlassung des Einspruchs usw. gegen den Bescheid) ab Zustellung (10. 9. 1987) schuldig gemacht haben; denn jedenfalls zu diesem Zeitpunkt bestand aufgrund der zwischenzeitlichen Verfügung der OFD Koblenz vom 17. 11. 1986 Anlaß zum Tätigwerden. Danach hätte die Klageeinreichung am 10. 9. 1990 auch die erneute dreijährige Verjährungsfrist noch rechtzeitig unterbrochen.

Die Voraussetzungen eines früheren Verjährungsbeginns durch Optieren (§ 9 UStG) sieht der Senat nicht als gegeben an, weil eine „Unternehmer-eigenschaft“ bezüglich der privaten Flohmarkt-Mieter nicht hinreichend dargelegt ist.

Hinsichtlich der geltend gemachten **Zinsen** aus 47.407,59 DM ab 1. 2. 1984 (für das Jahr 1983), bei denen es sich nicht etwa um eine Nebenforderung der Erstattungsforderung, sondern um einen **selbständigen Teil des Scha-**

denersatzanspruchs handelt (vgl. BGH GI 87, 182 = NJW 1987, 3136, 3138), ist allerdings Verjährung vor Klageeinreichung eingetreten. Die maximale Verjährungsfrist von 6 Jahren im Falle der Sekundärhaftung (vgl. BGH GI 71, 171 = NJW 1991, 2828, 2830) erfaßte alle vor dem 10. 9. 1984 entstandenen Zinsschäden. Den seit dem 1. 2. 1984 beanspruchten Verlust an Anlagezinsen, der als durch die Verletzungshandlung anzusehende Verschlechterung der Vermögenslage und damit einheitlicher Zeitpunkt für den Verjährungsbeginn bei diesem Anlagebetrag zu gelten hat (vgl. hierzu BGH NJW 1991, 2833, 2834), haben die Kläger nicht rechtzeitig durch entsprechende Klage – mindestens auf Feststellung der Ersatzpflicht – unterbrochen. Daher war die Berufung in bezug auf diesen Zins teil zurückzuweisen.

Hinsichtlich der übrigen Zinsen, die jeweils spätere, besondere Zeiträume betreffen und die daher jeweils selbständigen Verjährungsfristen unterliegen, greift die Einrede der Beklagten nicht durch. Denn der nächstfolgende Anlagezinsausfall wird für das Jahr 1984 seit dem 1. 2. 1985 begehrt, so daß in Anwendung der bereits oben dargelegten Grundsätze über die Sekundärhaftung der Klageeinreichung vom 10. 9. 1990 verjährungsunterbrechende Wirkung zukommt; dies gilt dann selbstverständlich erst recht für spätere Zeiträume.

Anmerkung:

Die Ausführungen des OLG Köln-Urteils sind angreifbar. Der Bescheid vom 9. 9. 1987, gab keine Veranlassung über Pflichtverletzungen in den eigenen Arbeiten nachzudenken. In dem Bescheid wurde lediglich der Vorbehalt der Nachprüfung für die Veranlagungsjahre 1983 bis 1985 aufgehoben. Aus welchen Gründen neben der Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung eine Änderung der bisherigen Umsatzsteuerfestsetzungen stattfand, ist aus dem Tatbestand des Urteils nicht zu entnehmen. Die Sekundärhaftung des Steuerberaters setzt eine neue schuldhaftige Pflichtverletzung voraus: Während der Verjährungsfrist und vor Auftragsende muß für ihn begründeter Anlaß zur Belehrung des Mandanten bestanden haben. Die Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung stellt keinen hinreichenden Anlaß dar, eine durch die Pflichtwidrigkeit des Steuerberaters verursachte Schädigung des Mandanten zu erkennen (vgl. OLG Köln Ur. v. 23. 10. 1991 – 26 U 16/91 GI 1993, 36; Kammergericht Ur. v. 18. 6. 1993 – 15 U 2932 & 92 GI 1993, 367; LG Köln Ur. v. 19. 10. 1989 – 2 O 71/89 GI 1990, 62). [Gräfe]

Abschlußprüfung

– Krankenhaus-Bilanz

– Ermittlung der Pflegesätze

(LG Hamburg, Urt.v. 18. 2. 1994 – 328 O 391/91 – rkr.)

Leitsätze (d. Red.):

1. Die Prüfung des Jahresabschlusses eines Krankenhauses beschränkt sich im Regelfall auf die Untersuchung, ob dessen Buchführung und Jahresabschluß Gesetz und Satzung entsprechen.
2. Die Abschlußprüfung erstreckt sich nicht auf dessen Ermittlung der Pflegesätze (vgl. Zif. 2.3 der Allgemeinen Auftragsbedingungen für WVP).

Tatbestand:

Die Klägerin verlangt von der beklagten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schadenersatz wegen angeblich fehlerhafter Leistungen bei der Prüfung der Jahresabschlüsse 1986 bis 1989. Im wesentlichen macht sie der Beklagten zum Vorwurf, daß sie bei ihren Prüfungen einen – ihrer eigenen, der Klägerin, Verwaltung bei der Erstellung des als Grundlage für die Pflegesatzverhandlungen mit den Sozialleistungsträgern dienenden Kosten- und Leistungsnachweises (KLN) unterlaufenen – Fehler nicht aufgedeckt habe. Im einzelnen:

I.

Die Klägerin, eine Stiftung, betreibt die Krankenhäuser Krankenhaus A. (EKA) und H.-S.-Krankenhaus (HSK). Ihre Einnahmen erzielt sie überwiegend aus allgemeinen Pflegesätzen nach der Bundespflegesatzverordnung (BPfIV).

Die Pflegesätze werden auf der Grundlage des Krankenhausfinanzierungsgesetzes – KHG – v. 29. 6. 1972 (BGBl I S. 1009 ff.) und der Bundespflegesatzverordnung – BPfIV – v. 21. 8. 1985 (BGBl I S. 1666 ff.) sowie der dazu ergangenen Rechtsvorschriften alljährlich – aufgrund der betriebswirtschaftlichen Daten des Vorjahres für das folgende Geschäftsjahr – mit den Sozialleistungsträgern vereinbart. In H. geschieht dies unter Mitwirkung der H. Krankenhausgesellschaft e.V. (HKG).

Zielvorgabe für den zu vereinbarenden allgemeinen Pflegesatz (§ 5 Abs. 1 BPfIV) ist die Erwirtschaftung der Selbstkosten eines sparsamen wirtschaftenden, leistungsfähigen Krankenhauses (§ 17 Abs. 1 S. 2 KHG). Zu diesem Zwecke ermitteln die Krankenhäuser anhand ihrer Buchhaltung ihre (anrechenbaren) Selbstkosten nach Maßgabe der §§ 17 KHG, 13 ff. BPfIV. Die Selbstkosten, dividiert durch die Belegtage (Berechnungstage), ergibt sodann vom Grundsatz her den (täglichen) allgemeinen Pflegesatz.

Für Leistungen, die nicht zu den allgemeinen Krankenhausleistungen gehören, werden von den Selbstkosten allerdings Abzüge „nach näherer Bestimmung im Kosten- und Leistungsnachweis“ vorgenommen (§ 13 Abs. 3 BPfIV); derartige Kosten finden mithin keinen Eingang in den allgemeinen Pflegesatz. Zu diesen von den Selbstkosten in Abzug zu bringenden Kosten gehören u. a. auch die Kosten der sog. Wahlleistungen (§ 7 BPfIV; wobei vom Grundsatz her allerdings nicht die Kosten, sondern vielmehr die vom Krankenhaus anhand der Buchhaltung ermittelten Erlöse aus den Wahlleistungen von den Selbstkosten abgezogen werden). Dementsprechend sind z. B. die Kosten (genauer die erzielten Erlöse) der gesondert berechenbaren nichtärztlichen Wahlleistungen (wie z. B. Telefon, Fernseher, Verpflegung u. ä.) nach § 13 Abs. 3 Nr. 8 HS. 1 BPfIV von den Selbstkosten in Abzug zu bringen. Für die ebenfalls gesondert berechenbaren Zuschläge für die Unterbringung im Einbett- oder Zweibettzimmer gilt dieses Abzugssystem allerdings nicht: Die Kosten (bzw. erzielten Erlöse aus Ein- oder Zweibettzimmerzuschlägen) werden von den Selbstkosten nicht abgezogen. Hier werden vielmehr gemäß § 13 Abs. 3 Nr. 8 HS. 2 BPfIV durch den Ansatz von Umrechnungsfaktoren auf die auf die Unterbringung in Ein- oder Zweibettzimmern entfallenden Berechnungstage sog. „Kostenabzüge“ vorgenommen, d. h. daß z. B. 1 Tag Unterbringung in einem Einbettzimmer als 1,3 Tag normaler Unterbringung angesetzt wird (sog. kostengleiche Berechnungstage).

Grundlage für die Pflegesatzverhandlungen mit den Sozialleistungsträgern im einzelnen ist der gemäß § 16 Abs. 4 BPfIV vom Krankenhaus-träger zu erstellende sog. Kosten- und Leistungsnachweise (KLN; Anlage 1 zu § 16 Abs. 4 BPfIV). In diesem werden zunächst die Kosten des Krankenhauses aus der Buchführung abgeleitet (K 1) und sodann die voraussichtlichen Kosten für das folgende Geschäftsjahr ermittelt (K 2). Sodann werden – ausgehend wiederum von der Buchführung – die vorzunehmenden Abzüge kalkuliert (K 3). Für die in Ziffer 8 von K 3 erfaßten Abzüge für „Nichtärztliche Wahlleistungen“ – verweist die Fußnote 15 auf eine entsprechende Fußnote des Anhangs 2 zum KLN, in der es u. a. heißt: „Der Kostenabzug für gesondert berechenbare Unterkunft erfolgt durch die Umrechnungsfaktoren in K 5.2 ...“. Das bedeutet, daß in Ziffer 8 von K 3

aus der Buchführung des Krankenhauses lediglich die Erlöse aus nicht-ärztlichen Wahlleistungen (Konto 413), nicht jedoch auch die Erlöse aus gesondert berechneter Unterkunft (Konto 411) zu übertragen sind. Die Berücksichtigung der Erlöse aus gesondert berechenbarer Unterkunft findet vielmehr, wie erwähnt, durch Anwendung eines Umrechnungsschlüssels statt (K 5.2 des KLN; Ermittlung der kostengleichen Berechnungstage).

II.

1. Die Klägerin erstellte – nach dem Inkrafttreten der neuen BPfIV 1985 – den KLN mit Hilfe eines von der H. Krankenhausgesellschaft (HKG) entwickelten PC-Programms als sog. Berechnungsbogen (vgl. z. B. Anl K 1), der die Anlage K 1 des KLN nebst K 1 bis K 4 in sich vereint. Die Daten wurden manuell aus der – mittels eines eigenen elektronischen Datenverarbeitungsprogramms erstellten – Buchhaltung übertragen. Dabei wurden in den Jahren 1986 bis 1990 aufgrund nicht näher geklärter Umstände bei den Erlösen aus nichtärztlicher Wahlleistungen (d. h. bei der Erfassung der Daten zu Ziffer 8 von K 3 des KLN) nicht nur die Ergebnisse des Kontos 413 (Erlöse aus sonstigen nichtärztlichen Wahlleistungen) übernommen, sondern auch die des Kontos 411 (Erlöse aus gesondert berechenbarer Unterkunft). Letztere wurden sodann („zusätzlich“, aber außerhalb des Berechnungsbogens) der bereits erwähnten Umrechnung in kostengleiche Berechnungstage unterzogen. Dieser Fehler wurde bei der Klägerin erst Ende 1990 nach Ausscheiden ihres bisherigen Finanzvorstands entdeckt.

Die Klägerin hat ihre – unstreitig fehlerhaften – Kosten- und Leistungsnachweise den Pflegesatzverhandlungen für die Jahre 1987 bis Anfang 1991 zugrundegelegt. Ebenso unstreitig ist, daß sie sich deswegen auf die Vereinbarung zu niedriger Pflegesätze eingelassen hat und daß bei zutreffender Erfassung der Daten im KLN höhere Pflegesätze hätten erzielt werden können.

2. Die Beklagte hat im Auftrag der Klägerin von Anfang der achtziger Jahre bis zur Prüfung des Jahresabschlusses 1989 die Jahresabschlüsse der Krankenhäuser der Klägerin, darüberhin auch die Jahresabschlüsse der Klägerin selbst, geprüft. In den Jahresabschlüssen für die Jahre 1987 und 1988 des EKA erstellte sie zudem eine „Gegenüberstellung des Budgets... für die Pflegesatzzeiträume 1987 und 1988 (bzw. 1988 und 1989) sowie Vergleich mit den Ist-Kosten für 1987 (bzw. 1988)“; dort jeweils Anlage 7 der Anlage K 8 und K 9.

Grundlage der Aufträge waren jeweils die „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ (AAWP) in der jeweils gültigen Fassung, in deren Ziff. 2.3 es u. a. heißt:

„Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. ...“

III.

Die Klägerin behauptet,

daß die vereinbarten Pflegesätze im nachhinein nicht mehr hätten abgeändert werden können (§ 16 Abs. 6 BPfIV). Durch die Zugrundelegung eines falschen KLN sei ihr in den Jahren 1987 bis 1991 ein Schaden von 2,7 Mio. DM entstanden sei.

Dafür habe die Beklagte einzustehen. Die Beklagte hätte den ihr, Klägerin, bei der Erstellung des Berechnungsbogens unterlaufenen Fehler bei der Erstellung der Jahresabschlüsse entdecken können und müssen. Sie sei verpflichtet gewesen, ihre Berechnungsbögen als Teil der Buchhaltung in ihre Prüfungen mit einzubeziehen. Zudem seien ihr die Berechnungsbögen bei ihrer Prüfungstätigkeit ohnehin vorgelegt worden, was schon aus den „Soll-Ist-Vergleichen“ für die Jahre 1987 und 1988 (Anl. K 8 und K 9) hervorgehe. Dabei hätte die Beklagte schon der Kostenansatz aufmerksam werden lassen müssen: Als nichtärztliche Wahlleistungen hätten im KLN nämlich Erlöse für Telefon, Fernseher u. ä. (Konto 413) in einer Größenordnung von allenfalls DM 25.000 bis DM 30.000 erscheinen dürfen; aus der tatsächlich erfaßten Größenordnung von rund DM 300.000 sei ohne weiteres ersichtlich gewesen, daß hier weitere Erlöse, nämlich die aus der gesondert berechenbaren Unterkunft (Konto 411), erfaßt worden seien.

Zumindest hätte die Beklagte ausdrücklich darauf hinweisen müssen, daß sie die Berechnungsbögen auf ihre Ordnungsmäßigkeit nicht überprüft habe.

Die Klägerin beantragt,
die Beklagte zu verurteilen, an sie DM 2.700.000,00 nebst 12 % Zinsen seit dem 1.1.1991 zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Sie macht geltend,

es habe sich, wie unstreitig, bei den Prüfungen der Jahresabschlüsse der Krankenhäuser der Klägerin um freiwillige Prüfungen gehandelt, deren Umfang sich nach dem Auftrag des Auftraggebers und nach Handelsrecht (§ 162 Abs. 1 AktG a.F.) gerichtet habe. Ihre Aufgabe sei es daher nur gewesen, die Abschlüsse auf ihre Gesetz- und Satzungsmäßigkeit hin zu überprüfen. Die Richtigkeit des KLN sei dagegen niemals Gegenstand der Auftragserteilung gewesen. Sie wäre auch eine Überprüfung der Preisgestaltung der Klägerin gewesen, die nicht zu ihren Prüfungsaufgaben gehöre. Darauf werde im übrigen in ihren „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ ausdrücklich hingewiesen.

Die Prüfung auch der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse sei nach § 29 Abs. 2 des Hamburgischen Krankenhausgesetzes – HmbKHG – vom 17. 4. 1991 erst ab 1991 (zusätzlich) in die Jahresabschlußprüfung einzubeziehen. Selbst diese erweiterte Prüfungstätigkeit (Prüfung der Betriebsstatistik und der erforderlichen betrieblichen Planungsrechnungen) beschränkte sich jedoch auf die allgemeine Ordnungsmäßigkeit der Erfassung und des Nachweises der Daten; die Ordnungsmäßigkeit des KLN gem. Anlage 1 zu § 16 Abs. 4 BPflV sei nicht Gegenstand der erweiterten Jahresabschlußprüfung (Verlautbarung des Krankenhausfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer KHFA 2/1990 „Zum erweiterten Umfang der Jahresabschlußprüfung von Krankenhäusern nach Landeskrankenhausrecht“, Anl. B 2).

Wegen der weiteren Einzelheiten des Vorbringens der Parteien wird auf den vorgetragenen Akteninhalt verwiesen.

IV.

Das Gericht hat ein schriftliches Gutachten des Sachverständigen L. eingeholt zu den Behauptungen der Klägerin, die Beklagte habe die fehlerhafte Selbstkostenermittlung erkennen können und müssen, zumindest aber darauf hinweisen müssen, daß sie die Ordnungsmäßigkeit der Berechnungsbögen nicht überprüft habe, und den Sachverständigen sein Gutachten auch mündlich erläutern lassen. Es hat ferner den damaligen Leiter des Finanz- und Rechnungswesens der Klägerin, Herrn Pf., in Anwesenheit des Sachverständigen L. als Zeugen gehört. Wegen des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf das Gutachten vom 14. 2. 1993 und die Sitzungsniederschriften vom 6. 8. 1993 und vom 19. 11. 1993 verwiesen.

Aus den Gründen:

Die Klage ist unbegründet. Zur Begründung ist im wesentlichen (§ 313 Abs. 3 ZPO) auszuführen:

1. Soweit die Klägerin ursprünglich darauf abgestellt hat, die Beklagte habe sie – über die Jahresabschlußprüfungen hinausgehend – in steuerlichen, betriebswirtschaftlichen und Managementangelegenheiten beraten, braucht auf die Tragfähigkeit dieses rechtlichen Ansatzpunktes für den geltend gemachten Schadenersatzanspruch nicht näher eingegangen zu werden. Die Beklagte hat dies bestritten und die Klägerin ist darauf nicht mehr zurückgekommen.
2. Der weitere rechtliche Ansatzpunkt der Klägerin, die Beklagte habe die Richtigkeit des KLN schon im Rahmen ihrer normalen Prüfung der Jahresabschlüsse ihrer Krankenhäuser überprüfen müssen, ist rechtlich nicht tragfähig. Der Sachverständige L. hat zutreffend darauf hingewiesen, **daß die Ermittlung der Pflegesätze – und als deren grundlegender Vorbereitung die Erstellung des KLN – Gegenstände des Preisrechts und der Preisermittlung seien, auf die sich die normalen Jahresabschlußprüfungen nicht erstreckten.** Darauf ist in Ziff. 2.3 der AAWP auch ausdrücklich hingewiesen. Nicht einmal die erweiterte Prüfung der Jahresabschlüsse nach § 29 Abs. 2 HmbKHG umfaßt die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des KLN (KHFA 2/1990).

Im übrigen beruht die Annahme der Klägerin, der KLN sei als Teil der Buchhaltung von vornherein in die Prüfungshandlungen der Beklagten einzubeziehen gewesen, auf einem Mißverständnis. Nach § 8 der Krankenhaus-Buchführungsverordnung – KHBV – vom 24. 3. 1987 (BGBl. I S. 1045 ff.) hat das Krankenhaus eine Kosten- und Leistungsrechnung zu führen (die eine betriebsinterne Steuerung sowie eine Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit erlaubt). Diese Kosten- und Leistungsrechnung ist aber etwas anderes als der Kosten- und Leistungsnachweis (KLN) der Anlage 1 zu § 16 BPfIV, der aus der Kosten- und Leistungsrechnung erst zu entwickeln ist (vgl. § 8 KHBV).

3. Auch **die Ansicht der Klägerin, die Beklagte habe ausdrücklich darauf hinweisen müssen, daß sie die Richtigkeit des KLN nicht überprüft habe, ist unzutreffend.** Das hat der Sachverständige L. zutreffend ausgeführt. Der Prüfungsauftrag beschränkte sich, wie sich aus dem Umstand, daß es sich um eine freiwillige Prüfung (nach den Vorschriften des Handelsrechts) handelte, sowie aus den – dem § 167 Abs. 1 AktG a.F. entsprechenden – Bestätigungsvermerken der Beklagten ergab (und abgesehen von den noch zu erörternden „Soll-Ist-Vergleichen“) darauf, ob

die Buchführung und der Jahresabschluß der Krankenhäuser der Klägerin (nach der pflichtgemäßen Prüfung der Beklagten) Gesetz und Satzung entspreche. **Von weitergehenden Prüfungen konnte ein auch nur annähernd mit den Problemen von Jahresabschlußprüfungen vertrauter Berichtsempfänger schlechterdings nicht ausgehen.**

4. Schließlich vermag auch der Umstand, daß offenbar die Berechnungsbögen der Klägerin – als Grundlage für die sog. „Soll-Ist-Vergleiche“ – verwandt worden sind, eine Verurteilung der Beklagten nicht zu tragen. Ob dies tatsächlich der Fall war, braucht die Kammer nicht abschließend zu entscheiden. Denn selbst wenn dies der Fall war, **kann der Beklagte das Nichterkennen des Fehlers im KLN nicht zur Last gelegt werden**, wie auch der Sachverständige L. bestätigt hat.

a) Zum einen beruht dies schon auf der Unübersichtlichkeit der Berechnungsbögen, die im übrigen (z. B. für 1988) überschrieben sind mit „Berechnungsbogen für Budgets und Pflegesätze 1988“, also nicht von vornherein einen (ausschließlichen) Bezug zum KLN herstellen. Da der Berechnungsbogen sich auch nicht streng am KLN ausrichtet, sondern weitere Daten erfaßt, kann ein mit dem Rechenprogramm nicht vertrauter Prüfer auch nicht von vornherein ausschließen, daß nicht an anderer Stelle als in der Spalte K3 noch Korrekturen am Ansatz der nichtärztlichen Wahlleistungen vorgenommen werden. Das erhellt im übrigen aus folgender Überlegung: Jedem auch nur ansatzweise mit der Materie Vertrauten mußte klar sein, daß Ansätze von rund DM 300.000,00 (im Berechnungsbogen 1988 in der Zeile 52 unter „Nichtärztliche Wahlleistungen“) nicht die in Ziffer 8 von K3 des KLN allein zu übernehmenden Erlöse des Kontos 413 („Sonstige nichtärztliche Wahlleistungen“) sein konnten, sondern daß hier die Erlöse aus der gesamten Kontengruppe 41 („Erlöse aus Wahlleistungen“) erfaßt waren. Das gilt sowohl für den örtlichen Prüfungsleiter der Beklagten als auch für den Zeugen Pf. oder andere Mitarbeiter der Klägerin.

- b) Daß bei der Vorbereitung und Erstellung der „Soll-Ist-Vergleiche“ dieser Umstand niemandem aufgefallen ist, hat allerdings auch eine einleuchtende Erklärung: Die Krankenhäuser der Klägerin arbeiten nämlich mit 2 unterschiedlichen Budgets, dem sog. externen und dem sog. internen Budget.

Das **sog. externe Budget**, mit dem die Klägerin in die Pflegesatzverhandlungen geht und das auf dem KLN beruht, beinhaltet nur die im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen zu berücksichtigenden Selbstkosten der Klägerin für die allgemeinen Krankenhausleistungen und beruht im übrigen, soweit es um die Berücksichtigung

der Erlöse aus gesondert berechenbarer Unterkunft (Konto 411) geht, nur auf der fiktiven Umrechnung der kostengleichen Berechnungstage.

Im **sog. internen Budget** werden dagegen alle Leistungen der Krankenhäuser erfaßt und es wird zudem mit Echtzahlen gearbeitet, d. h. daß dieses Budget auf den aus der Buchführung zu entnehmenden tatsächlichen betriebswirtschaftlichen Daten der Krankenhäuser basiert (Planzahlen aufgrund der Kosten- und Leistungsrechnung des § 8 KHBV).

Der „Soll-Ist-Vergleich“ der Beklagten beinhaltet nun eine Gegenüberstellung von effektiven Erlösen und Planzahlen der Klägerin, d. h. Daten des sog. internen Budgets. Bei der Erstellung der „Soll-Ist-Vergleiche“ interessierten daher, wie auch der Zeuge Pf. eingeräumt hat, auch nur die tatsächlichen Ergebnisse der Buchhaltung, hier der Kontengruppe 41 (Erlöse aus Wahlleistungen) sowie der entsprechenden Planzahlen der Klägerin. Aus welcher Unterlage die Beklagte die Daten der Erlöse der Kontengruppe 41 entnahm, ob direkt aus der Buchhaltung oder aus der Zusammenfassung im Berechnungsbogen, ist letztlich gleichgültig.

- c) Angesichts der (eingeschränkten) Fragestellung mußten der Beklagten oder ihren Mitarbeitern auch nicht ohne weiteres und unmittelbar aufgehen, daß der Klägerin bei der Erstellung des KLN möglicherweise Fehler unterlaufen waren. **Überprüfen mußte sie die ggf. vom Berechnungsbogen übernommenen Zahlen nur im Hinblick auf die Übereinstimmung mit der Buchhaltung (und diese Zahlen sind unstreitig richtig);** eine weitergehende Überprüfung oblag der Beklagten dagegen nicht.

Steuerberaterhaftung

- Feststellungsklage
- Gesellschafter-Geschäftsführervertrag
- Darlegungs- und Beweislast
- Dokumentationspflicht

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 7.1.1993 – 13 U 99/92)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Mandant trägt für eine pflichtwidrig unterlassene Belehrung die Beweislast, wenn der Steuerberater die Behauptung unterlassener Belehrung substantiiert bestritten hat.
2. Der Steuerberater muß den wesentlichen Inhalt einer Beratung nicht schriftlich festhalten.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Klägerin hat keinen Erfolg. Das angefochtene Urteil erweist sich nach erneuter Prüfung durch das Berufungsgericht als richtig. Die Klage ist zu Recht abgewiesen worden.

1. Soweit die Klägerin dem Landgericht vorwirft, es habe aufgrund neuer Tatsachen geurteilt, die im **nachgelassenen Schriftsatz** des Beklagten vom 23.1.1992 neu vorgetragen worden seien, teilt der Senat diese Auffassung nicht. Von einer näheren Begründung kann insoweit jedoch abgesehen werden, denn selbst wenn die Ansicht der Klägerin richtig und mithin an einen Verfahrensfehler zu denken wäre mit der weiteren Folge einer Aufhebung und **Zurückverweisung**, kann der Senat in jedem Fall hier gemäß § 540 ZPO selbst entscheiden. Die Voraussetzungen der Sachdienlichkeit einer eigenen Entscheidung liegen vor. Weitere Tatsachen sind nicht zu prüfen, eine Beweisaufnahme kommt nicht in Frage und es sind im wesentlichen Rechtsfragen zu prüfen, so daß den Parteien durch den Verlust einer Tatsacheninstanz keine Nachteile entstehen.
2. Die Klägerin verfolgt ihren vermeintlichen Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten als Steuerberater in der Form einer **Feststellungsklage**. Gegen deren Zulässigkeit bestehen keine Bedenken. Insoweit kann auf die zutreffenden Ausführungen des angefochtenen Urteils verwiesen werden. Weil ein endgültiger Schaden im Hinblick auf das noch schwebende finanzgerichtliche Verfahren weder dem Grunde noch der Höhe nach feststeht, auf jeden Fall aber ernsthaft möglich ist, ist das erforderliche rechtliche Interesse zusätzlich aus den Gründen gegeben, die der Bundesgerichtshof in seiner Entscheidung vom 23. 4. 1991 – X ZR 77/89 – (MDR 92/76) darlegt. Die dort geforderte Wahrscheinlichkeit einer Schadenentstehung folgt hier aus den Bescheiden im Anschluß an die Betriebsprüfung vom 31. 8. 1988, welche die Klägerin belasten, in Verbindung mit der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zum Bestimmtheitserfordernis von Tantiemenvereinbarungen zugunsten des die GmbH beherrschenden Gesellschaftergeschäftsführers (BFH – 29. 11. 1967 – I R 96/64 – BStBl 68, II, 234; BFH – 8. 1. 1969 – I R 26/67 – BStBl 69, II, 268; BFH – 30. 1. 1985 – I R 37/82 – BStBl 85, II, 345).
3. Es unterliegt keinem Zweifel und wird von den Parteien dieses Rechtsstreits ebenso gesehen, daß der Beklagte im Rahmen seiner der Klägerin gegenüber übernommenen Steuerberaterverpflichtung gehalten war, deren steuerliche Belange bestmöglich zu wahren. Dazu gehörte es auch, den von ihm entworfenen **Geschäftsführeranstellungsvertrag**

des beherrschenden Anteilseigners so zu gestalten, daß unter Berücksichtigung der schon damals bekannten Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (was jedenfalls für die beiden ersten der genannten Entscheidungen gilt) der Klägerin keine steuerlichen Nachteile erwachsen konnten. Dem aber genügte Ziff. 7 dieses Vertrages nicht. Der Bundesfinanzhof forderte schon damals, daß die mit einem beherrschenden Gesellschaftergeschäftsführer getroffene Vereinbarung über Sondervergütungen klar und eindeutig erkennen lassen muß, ob und in welcher Höhe laufend oder einmalig ein Entgelt gezahlt wird. Enthalten sein kann diese Regelung einmal im zugrunde liegenden Gesellschaftergeschäftsführervertrag oder zum anderen in einer zu Beginn jeden Geschäftsjahres zu treffenden schriftlichen Übereinkunft zwischen Gesellschaft und Gesellschaftergeschäftsführer. Der vorliegend maßgebliche Geschäftsführer-anstellungsvertrag vom 1. 6. 1983 enthält eine solche Regelung nicht. Er besagt lediglich, daß der Geschäftsführer neben seinem Gehalt „**eine Umsatztantieme von bis zu 20% des Umsatzes**“ erhalten soll. Diese Regelung ist so allgemein und unbestimmt gefaßt, daß der Gesellschaftergeschäftsführer nach Ablauf des Kalenderjahres nach eigenem Gutdünken darüber hätte entscheiden können, ob und in welcher Höhe eine Tantieme an ihn gezahlt wurde. Von der zweiten Möglichkeit, eine bestimmte Regelung zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres zu treffen, ist unstreitig kein Gebrauch gemacht worden. Beides zusammen führte dazu, daß die gewählte Art der Vergütung steuerrechtlich vom Finanzamt in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (s. o.) als verdeckte Gewinnausschüttung behandelt wurde mit der weiteren Folge, daß die Klägerin mit höherer Körperschafts- und Gewerbesteuer belastet wurde.

Bei dieser Sach- und Rechtslage kann eine Haftung des Beklagten in seiner Eigenschaft als Steuerberater aus dem rechtlichen Gesichtspunkt positiver Vertragsverletzung des Beratervertrages in Betracht kommen. Sie setzt voraus, daß die Klägerin über die zuvor erörterte Rechtslage und deren Folgen nicht hinreichend aufgeklärt worden ist. Das Landgericht führt zu Recht aus, die Klägerin sei für ihre Behauptung, eine solche Aufklärung sei unterblieben, beweisfällig geblieben. Dabie hat es entgegen der von der Berufung vertretenen Ansicht der Klägerin die **Darlegungs- und Beweislast** zutreffend beurteilt. Derjenige, der eine zur umfassenden Belehrung und Aufklärung verpflichtete Person (z. B. Rechtsanwalt, Notar, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater) auf Schadenersatz in Anspruch nimmt, weil diese ihre Pflichten nicht gehörig erfüllt habe, trägt für dieses Unterlassen die **Beweislast**. Das gilt auch, wenn ihm damit der Beweis einer negativen Tatsache aufgebürdet wird. Die Schwierigkeit des

sogenannten **Negativbeweises** ist dadurch zu beheben, daß die andere Partei nach Lage des Falles die Behauptung substantiiert bestreiten und diejenige Partei, welche die Beweislast trägt, die Unrichtigkeit dieser Gegendarstellung beweisen muß. Der Senat folgt dieser in Literatur und Rechtsprechung inzwischen einheitlich vertretenen Ansicht (Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 3. Aufl., Zusammenfassung S. 455; Gräfe-Lenzen-Rainer, Steuerberaterhaftung, 2. Aufl., Rdn. 336; Palandt, Kommentar zum BGB, 51. Aufl., § 363 Anm. 1 und § 282 Anm. 11; BGH MDR 87, 666 und 840; Senatsurteil vom 16. 4. 1992 – 13 U 146/91 GI 93, 181). Der von der Klägerin in der Berufung angeführten Entscheidung des IVa-Senates des Bundesgerichtshofs vom 22. 1. 1986 – IVa 105/84 (GI 86, 77 = MDR 86, 652) kann jedenfalls für den vorliegenden Fall nichts anderes entnommen werden. Das erkennende Berufungsgericht folgt mit der vorgenannten Rechtsauffassung derjenigen des IX. BGH-Senats, der nunmehr zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten betreffend Ansprüche aus steuerlicher Beratung allein zuständig ist.

Legt man diese Erwägungen zugrunde, so ist die Klägerin für eine mangelnde Aufklärung seitens des Beklagten über die steuerliche Problematik im Zusammenhang mit der ursprünglichen Tantiemenvereinbarung sowie über eine spätere Konkretisierung jeweils am Jahresanfang beweispflichtig geblieben. Der Beklagte hat das Gegenteil ausreichend und substantiiert bestritten, ohne daß die Klägerin diese Behauptungen auszuräumen vermag. So hat er im einzelnen und konkret behauptet:

- es handele sich um ein gängiges Problem; ihm sei die einschlägige Rechtsprechung bekannt gewesen; seine Beratung habe sich anläßlich des Gespräches über die Tantieme auf diese Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs gestützt; Kopien dieser Entscheidungen befänden sich noch heute in seinen Unterlagen;
- mit dem Geschäftsführer der Klägerin habe er jeden einzelnen Punkt dieses Anstellungsvertrages durchgesprochen, insbesondere dessen entscheidende Ziffer 7; dabei sei ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß zumindest zu Beginn jeden Geschäftsjahres eine konkrete Vereinbarung betreffend die zu zahlende Tantieme mit Angabe einer genauen Prozentzahl zu treffen sei; dies sei ausdrücklich und eindringlich geschehen. Die Klägerin habe sich jedoch nicht auf einen bestimmten Prozentsatz festlegen lassen wollen; die handschriftliche Eintragung von 20 % sei erst nach dieser Erörterung eingesetzt worden;
- ausgehend von der bekannten Rechtsprechung sei der Geschäftsführer der Klägerin auch darauf hingewiesen worden, daß bei Fehlen einer solchen Vereinbarung steuerliche Nachteile entstehen könnten;

- letzteres sei auch (also zumindest ein zweites Mal) geschehen, als er (Beklagter) den Auftrag erhalten habe, den Jahresabschluß zum 31. 12. 1983 zu erstellen;
- infolge der mehrfach erteilten Belehrung sei die Klägerin sich bewußt gewesen, daß zu Beginn eines jeden Geschäftsjahres eine solche Vereinbarung zu treffen gewesen sei.

Der Senat vermag nicht zu erkennen, was der Beklagte darüber hinaus noch weiter hätte vortragen können, um seiner Substantiierungspflicht, die ihm die Rechtsprechung auferlegt, zu genügen. – Die Überlegungen der Klägerin dazu, daß der Beklagte das Besprochene und **den wesentlichen Inhalt seiner Beratung schriftlich habe festhalten sollen**, sind in diesem Zusammenhang nicht hilfreich. Eine solche schriftliche Fixierung wäre sicherlich bei beratenden Berufen – jedenfalls aus späterer Sicht – sinnvoll. **Eine entsprechende Verpflichtung kann jedoch im Rahmen derartiger Vertrauensverhältnisse nicht anerkannt werden.**

Für ihren insgesamt abweichenden Vortrag zu der Gegendarstellung des Beklagten tritt die Klägerin auch im Berufungsrechtszug keinen Beweis an, so daß sie hinsichtlich der ihren Anspruch gegebenenfalls stützenden Tatsachen als beweisfällig angesehen werden muß. Hierdurch wird sie nicht unbillig getroffen. Auch in allen anderen Schadenersatzprozessen, bei denen ein Unterlassen zum Schaden geführt hat, ist der Geschädigte in der gleichen schwierigen Beweissituation. Es ist kein Grund ersichtlich, weshalb der Mandant eines Steuerberaters insoweit günstiger gestellt werden soll als andere Prozeßparteien. Schließlich hatte auch die Klägerin ausreichende Möglichkeiten, solche Beweisschwierigkeiten von vornherein abzuwenden. Bereits die Hinzuziehung einer Vertrauensperson zu den maßgeblichen Besprechungen hätte ihr zu einer beweismäßig günstigeren Position verholfen.

4. Nach alledem kann die Klägerin mit ihrem in der Form einer Feststellungsklage erhobenen Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten nicht durchdringen. Die Berufung gegen das klageabweisende Urteil des Landgerichts war deshalb mit den Nebenfolgen, wie sie sich aus den §§ 97, 708 Ziffer 10, 713 ZPO ergeben, zurückzuweisen.

Haftung des Steuerberaters/ Treuhanders

- Aufklärung über die Rechtsprechung
 - Unvermeidbare Steuerbelastung
 - Substanziierter Schadenvortrag
- (LG Bochum, Urt. v. 14. 4. 1993 – 6 O 450/92)

Leitsätze (d. Red.):

1. Eine unvermeidbare Steuerbelastung führt nicht zu einem Schaden (hier: Grunderwerbssteuer).
2. Behauptet der Anspruchsteller bei Kenntnis der Steuerbelastung ein Vermögensobjekt nicht erworben zu haben, setzt ein substantiierter Schadenvortrag die Darlegung sämtlicher Kosten und Nutzen – auch der Wert einer eigenen Wohnung – voraus.
3. Das erhöhte Abschreibungsvolumen muß sich der Anspruchsteller als Vorteil zur Schadenrechnung anrechnen lassen.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger verlangt vom Beklagten im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Eigentumswohnung nach dem Bauherrenmodell mit der Begründung Schadenersatz, er sei hinsichtlich des Erfordernisses der Zahlung von Grunderwerbssteuer nicht ausreichend beraten worden. Durch notarielle Urkunde vom 10. 12. 1982 – UR-Nr. 1417/82 Notar Sch. in B. – nahm der Kläger das sogenannte „Angebot zum Abschluß eines Geschäftsbesorgungsvertrages“ des Beklagten vom 17. 12. 1981 – UR-Nr. 1092/82 des Notars Gothe in Bochum – an. Durch diesen Vertrag rückte der Beklagte in die Position eines Treuhänders ein, der für den Kläger den Eigentumswohnungskauf durchführen sollte. Bei Vertragsschluß gingen beide Parteien davon aus, daß der Kläger Grundwerwerbsteuer nicht würde zu tragen haben, da nach früherer Rechtslage von der Pflicht zur Zahlung der 7 % igen Steuer befreit werden konnte, wer ein Grundstück kauft, um darauf Wohnung zu bauen. Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses hatte der Bundesfinanzhof hingegen bereits entschieden, daß der Erwerber einer Eigentumswohnung nach dem Bauherrenmodell keine Befreiung von der Grunderwerbssteuer erlangen könne, vielmehr sei Grunderwerbssteuer vom Gesamtaufwand zu bezahlen.

Der Kläger macht die ihm entstandenen Grunderwerbssteuern in Höhe von 7 % im Wege des Schadenersatzes geltend und wirft dem Beklagten vor, ihn über die Rechtssprechung des Bundesfinanzhofes hinsichtlich der Möglichkeit der Steuerbefreiung nicht hinreichend aufgeklärt zu haben. Hilfsweise wirft er dem Beklagten vor, den Kaufvertrag zu früh abgeschlossen zu haben. Unstreitig gilt der erniedrigte Grunderwerbssteuersatz nach der zum 1. 1. 1983 geänderten Gesetzesfassung rückwirkend für solche Verträge, die nach dem 22. 12. 1982 geschlossen worden sind. Hätte der Beklagte mit dem Vertragsschluß bis zu diesem Stichtag gewartet, so hätte der Kläger lediglich 2 % Grunderwerbssteuer aufbringen müssen, so daß ihm zumindest der Differenzbetrag von 5 % Steuern im Wege des Schadenersatzes zustünde.

Ob dem Beklagten der Vorwurf mangelnder Beratung oder falscher Wahl des Zeitpunktes des Vertragsschlusses zu machen ist, kann offenbleiben. Der Kläger hat jedenfalls den Eintritt eines Vermögensschadens nicht hinreichend dargelegt.

Soweit dem Beklagten vorgeworfen worden ist, über die geänderte Rechtssprechung des Finanzhofes hinsichtlich der Befreiung von der Grunderwerbssteuer nicht hinreichend aufgeklärt zu haben, hätte auch ein Hinweis auf eben diese Rechtssprechung an der Rechtslage nicht geändert. **Das streitige Objekt war für den Kläger nicht zu realisieren, ohne Grunderwerbssteuer zahlen zu müssen.** Ein durch die möglicherweise unzureichende Beratung des Beklagten verursachter Schaden kann danach allenfalls damit begründet werden, daß der Kläger bei ausreichender Beratung den Vertrag insgesamt nicht geschlossen, d. h. die Eigentumswohnung nicht gekauft hätte. Ein Schadeneintritt liegt nur dann vor, wenn der Erwerb dieser Wohnung für ihn unter Berücksichtigung sämtlicher Nutzen und Kosten ein Verlustgeschäft gewesen ist. Dazu fehlt jeglicher Vortrag. Zwar hat der Kläger in der mündlichen Verhandlung vom 3. 3. 1993 das Schreiben seines Steuerberaters vom 21. 2. 1992 vorgelegt, wonach ihm in den Jahren 1982 – 1989 aus dem Objekt Markstraße ein Verlust in Höhe von ca. 150.000,00 DM entstanden sei; dabei handelt es sich jedoch offenkundig um den steuerrechtlichen Begriff des Verlustes, der für die steuerliche Abschreibung die Grundlage darstellt. Um festzustellen, ob dem Kläger **insgesamt aus dem Vorhaben ein wirtschaftlicher Verlust entstanden ist**, müßten jedoch alle Kostenfaktoren berücksichtigt werden, insbesondere auch der Wert der Wohnung. Die vom Kläger aufzuwendenden Kosten gehen einher mit der Eigentumbildung. Erst wenn der Kläger an Kosten insgesamt mehr aufzuwenden hätte, als es der Wert der Wohnung darstellt, könnte in dem Kauf des Objektes für ihn ein Ver-

mögensschaden zu sehen sein. Für eine dementsprechende Abrechnung gibt das Schreiben des Steuerberaters nichts her.

Ähnliches gilt für den Vorwurf, der Beklagte hätte mit dem Vertragsschluß bis zum Inkrafttreten des neuen Grunderwerbssteuerrechtes warten müssen. Zwar hätte sich die Zahlung der 7 % igen Grunderwerbssteuer für den Kläger vermeiden lassen, wenn der Abschluß des Kaufvertrages erst nach dem 22. 12. 1982 vorgenommen worden wäre, so daß die Differenz zwischen den von ihm gezahlten 7 % und den nach neuem Recht geschuldeten 2 % einen grundsätzlich ersatzfähigen Schaden darstellt. Der Kläger muß sich jedoch auch insoweit gemäß § 249 BGB **jene Vorteile anrechnen lassen, die er durch Zahlung des erhöhten Grunderwerbssteuersatzes von 7 % erlangt hat.** Dazu hat der Beklagte in der Klagerwiderrung unwidersprochen vorgetragen, die gezahlte Grunderwerbssteuer habe den Herstellungsaufwand der Eigentumswohnung und damit das Abschreibungsvolumen erhöht. Je nach persönlichem Steuersatz des Klägers habe dieser deshalb die Kosten der Grunderwerbssteuer durch erhöhte Abschreibung kompensieren können. Gleichzeitig seien die abzuschreibenden Werbungskosten entsprechend erhöht worden. Diese Ausführungen des Beklagten sind in steuerrechtlicher Hinsicht zutreffend.

Es wäre Sache des Klägers gewesen, den nach Abzug der Vorteile noch verbleibenden Schaden vorzurechnen. Zwar ist – entgegen dem Vortrag des Beklagten – eher unwahrscheinlich, daß die gesamten erhöhten Grunderwerbssteuern durch anderweitige Vorteile ausgeglichen werden können, so daß dem Kläger eine Schadenersatzforderung im Ergebnis hätte verbleiben können. Um diese zu berechnen, hätte der Kläger jedoch den gesamten steuerlichen Hintergrund des Bauherrenobjektes sowie seine persönlichen Einkommens- und Steuerverhältnisse offenlegen müssen. Da er darauf verzichtet hat, sieht die Kammer keine Möglichkeit, den möglicherweise entstandenen Schaden der Höhe nach zu bestimmen.

Die Klage ist deshalb mangels ausreichendem Sachvortrages zurückzuweisen. Der Kläger ist in der mündlichen Verhandlung vom 9. 12. 1992 auf das Erfordernis umfangreicheren Vortrages hingewiesen worden. Auf seine Anfrage vom 23. 12. 1992 hat der Berichterstatter den Kläger aufgefordert, konkret darzulegen und zu belegen, „welche steuerlichen Vorteile er durch das Objekt erlangt hat, und zwar im Wege einer fiktiven Gegenüberstellung mit den Steuern, die er ohne das Bauherrenmodell gezahlt hätte.“ Außer der Vorlage des bereits erwähnten Schreibens des Steuerberaters des Klägers ist weiterer Sachvortrag nicht erfolgt.

Darlegungslast für Schadenersatzansprüche

- Belehrungspflicht des Nachberaters
- Anmerkung

(LG Berlin, Urt.v. 12. 1. 1993 – 5 O 299/92, rkr.)

Leitsätze (d. Red.):

1. Zur Darlegungslast bei Schadenersatzansprüchen.
2. Der Nachberater ist nicht verpflichtet, auf mögliche Schadenersatzansprüche gegen den Vorberater und deren Verjährung hinzuweisen. Dies wäre eine Rechtsberatung.

Zum Sachverhalt:

Er erwarb 1978 zusammen mit den Eheleuten H. ein Grundstück bebaut mit einer Freizeitanlage in Berlin. Nach Beratung durch den Steuerberater G. wurde die Anlage als offene Handelsgesellschaft geführt, die später in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt wurde und den Betrieb pachtete. Dadurch sollte erreicht werden, daß das Grundstück nicht als Betriebsvermögen eingestuft wird und ein Veräußerungserlös der Grundstückseigentümer nicht der Steuer unterliegt. Das Finanzamt führte 1986 eine Betriebsprüfung durch und in seinem Betriebsprüfungsbericht sah es wegen der Personengesellschaft das Grundstück als Betriebsvermögen an. Zum 1. 10. 1990 wurde das Grundstück mit der Freizeitanlage verkauft und der Kläger erzielte einen Veräußerungsgewinn, für den das Finanzamt Steuern fordert.

Der Kläger trägt vor: Da sein Veräußerungsgewinn zu versteuern sei, habe er einen Schaden von 308.480,00 DM, den die Beklagte zu ersetzen habe. Die Beklagte habe ihn steuerlich beraten und habe trotz Kenntnis des Betriebsprüfungsberichtes ihn weder auf einen Anspruch gegen G. noch auf einen drohende Verjährung von Ansprüchen gegen G. hingewiesen.

Aus den Gründen:

Soweit er einen Schaden aus einer Pflichtverletzung des Steuerberaters G. herleitet, hat er nicht dargetan, wie die Beklagte – unterstellt sie war seine Vertragspartnerin und hatte Kenntnis erlangt vom Betriebsprüfungs-

bericht – darauf hätte reagieren können und müssen, um durch eine andere Gesellschaftsform oder Beteiligung den Schaden zu verringern oder abzuwenden. Der Kläger trägt selbst vor, daß nur eine Schadenverringering hätte eintreten können, wobei er nichts dazu ausführt, in welcher Höhe der Schaden hätte geringer ausfallen können. Denn nur dieser Betrag wäre der Beklagten als Schaden aufgrund einer möglichen Pflichtverletzung zurechenbar. Entgegen der Auffassung des Klägers liegt keine Pflichtverletzung darin, daß die Beklagte ihm nicht auf eine Schadenverursachung durch den Steuerberater G. und/oder auf eine Verjährung eines Schadenersatzanspruches hingewiesen habe. Der Kläger trägt nicht vor, daß ein Schadenersatzanspruch gegen die Erben des verstorbenen Steuerberaters G. nicht durchsetzbar sei, weil sie sich auf Verjährung berufen. Ferner ergibt sich aus dem Schreiben der Beklagten vom 7.1.1992, daß die Steuerbescheide noch nicht rechtskräftig sind, so daß der Veräußerungsgewinn sowie die Steuerlast der Höhe nach noch nicht feststehen.

Entscheidend für die Kammer ist jedoch, daß keine Rechtspflicht der Beklagten bestand, den Kläger auf einen möglichen Schadenersatzanspruch und einer etwaigen Verjährung von Ansprüchen gegen G. hinzuweisen. **Denn dies würde eine Rechtsberatung beinhalten, zu der die Beklagte bereits nicht verpflichtet ist. Sie hat nur im Hinblick auf eigene Pflichtverletzungen eine Pflicht, auf eine mögliche Verjährung hinzuweisen.**

Anmerkung:

Nicht beantwortet wird durch die Entscheidung die Frage, ob der neue Berater den Mandanten auf Fehler des Steuerberaters hinweisen muß. Hierdurch wird nicht gleichzeitig die Möglichkeit der Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen den Kollegen behauptet. Diesem Problem muß der Mandant in eigener Verantwortung nachgehen. (Gräfel)

GI Leitsätze

Anwaltsberuf / Zweitberuf / Treuhandanstalt

1. Die unbefristete Anstellung eines RA bei der Treuhandanstalt mit vertraglich vereinbartem Vorrang gegenüber der Anwaltstätigkeit rechtfertigt den Widerruf der Zulassung.
2. Die unbefristete Anstellung bei der Treuhandanstalt ist ungeachtet des Umstandes, daß diese nicht als Dauereinrichtung des Bundes geplant ist, keine vorübergehende Tätigkeit i. S. des § 47 BRAO.
(BGH, Beschl. v. 13. 9. 1993 – AnwZ (B) 25/93 – BRAK-Mitt. 1993, 219)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 8, 1994)

Abschlußprüfung		Feststellungsklage	
– Krankenhausbilanz	94, 236	– künftiger Anspruch	94, 2
Abtretung		Finanzgerichtsordnung	
– d. Honoraranspruchs	94, 72	– Klageerhebung, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	94, 152
Anlageberatung		Flohmarktbetreiber	
– Abgrenzung z. Anlagevermittlung	94, 117	– Umsatzsteuerprobleme	94, 228
– Bonitätsprüfung	94, 117		
– Haftungsausschluß	94, 117	Fristenkontrolle	
Annahmeverzug		– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	94, 173
– d. Mandanten	94, 126	= Häkchenverfahren	94, 165
= Vergütungsanspruch d. StB	94, 129	= Organisation	94, 164, 167
Anwaltsnotar		– Fristenkontrollbuch	94, 164
– Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	= Frist § 516 ZPO, 6 Mte	94, 39
Architektenhaftung		– doppelte –	94, 166
– Wohnflächenbegrenzung	94, 28	– Fristversäumnis, unverschuldete –	
Bauherrenmodell		= Abwesenheitsanschrift	94, 169
– Einkunftserzielungsabsicht	94, 19	= Beförderung d. Post durch Mitarbeiter	94, 186
= Rückkaufangebot		= Fristenkontrollbuch	94, 164, 167, 173
Belehrungspflicht d. StB/WP		= Poststreik	94, 186
– über Fehler des Vorberaters	94, 251	= Rechtsirrtum, Dipl.-Jurist	94, 186
– Flohmarktbetreiber	94, 228	– Information des Mandanten	94, 168
Berufshaftpflichtversicherung		– Information an Mandanten	
– Prämienzahlungspflicht	94, 224	= durch einfachen Brief	94, 169
Berufsverbot		– Telefax	
– Schuldnerverzeichnis	94, 80	= Weisung an Bürokraft	94, 38
Berufungsschrift		– Weisung an Bürokraft	94, 38
– mehrfache		= Telefax	
= Telefax, Schriftsatz	94, 66	Gesamtschuld	
Betriebsprüfung		– Fehler des 2. RA	94, 157
– ohne Prüfungsanordnung	94, 104	Haftungsbeschränkung	
– Verwertungsverbot	94, 104	– Anlageberatung	94, 117
Beweislast		Honoraranspruch d. StB	
– unterlassene Aufklärung/Belehrung		– Abtretung	94, 73
= Beweisvermutung	94, 3,	– Annahmeverzug d. Mandanten	
= d. Mandanten	94, 243	= keine Nachleistungspflicht	94, 126
= Substantiierungspflicht d. StB	94, 243	= Vermögensvorteil d. StB	94, 126
	187	– Aufrechnung	
– Auftragsumfang	94, 196	= mit n. fälliger Honorarforderung	94, 14
– Kausalität		– Buchführung	
= z. Pflichtverletzung u. Schaden	94, 4	= Klärung d. Belege	94, 123
– Zugang beim FA	94, 26	– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
Bürgschaft		= im Prozeßvortrag	94, 16, 123
– zur Steuerschuld	94, 75	– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
Darlegungslast		= Buchführungshonorar	94, 125
– Schaden		= Mittelgebühr, überschreiten der –	94, 133
= fehlerhafte Beteiligung	94, 248	– Gegenstandswert	
Dritthaftung		= fehlender Jahresumsatz	94, 130
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	
= Ehefrau d. Mandanten	94, 212	= Beweislast	94, 56
Entnahme		– Tilgung	94, 14
– Buchungshandlung	94, 104	= kein Verrechnungshinweis	94, 22
Erfüllungsgehilfe		– Unkostenpauschale, § 16 StBGebV	
– Notar/Beteiligter	94, 2	= jede Steuererklärung	94, 58
		– Zeitgebühr	
		= Angabe § 13 StBGebV	94, 58
		= Klärung d. Belege	94, 123

Investitionszulage		
– Fürsorgepflicht d. FA	94, 122	
Kausalität		
– Beratungsfehler	94, 3	
– Beweislast	94, 3	
– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	94, 158	
– Schutzzweck, Notarfehler	94, 37	
– Unterbrechung d. –	94, 36	
Kenntnis d. Zivilrechts		
– BGH-Meinung	94, 139	
– = Rechtsprechungsänderung	94, 141	
Klageerhebung		
– beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	94, 152	
Kollegialgerichtsentscheidung		
– Verschulden	94, 161	
Konkursverwalter		
– Sicherungsgut, Veräußerung	94, 209	
Krankenhausbilanz		
– Abschlußprüfung	94, 236	
– Pflegesatzermittlung	94, 236	
Mahnbescheid		
– Bezeichnung d. Anspruchs	94, 93	
Mietvertrag m. Angehörigen	94, 136	
Mitverschulden		
– Haftungsverteilung	94, 67	
– Rechtsmittel, unterlassenes	94, 40	
– Zurechnung des Verschuldens des 2. RA	94, 153	
Notar		
– Anwaltsnotar		
– = Abgrenzung RA-Haftung	94, 40	
– Belehrungspflicht		
– = Genehmigungspflicht, § 12 GrdstVG, § 19 BBauG	94, 2	
– = Vormerkungswirkung	94, 29	
– Beweislast		
– = Kausalität Notarfehler/Schaden	94, 35	
– = Erschließungskosten	94, 82	
– Prüfungspflicht		
– = Vertretungsvollmacht	94, 29	
– Sachverhaltsermittlung	94, 82	
– Wille d. Beteiligten	94, 82	
Niederschlagung		
– der Steuerschuld	94, 75	
Prozeßvollmacht		
– Ausschlußfrist z. Vorlage	94, 152	
– = doppelte Zustellung	94, 152	
– = Information d. Mandanten	94, 68	
Prüfungspflicht		
– d. Jahresabschlusses		
– = nach Umwandlung	94, 24	
Rechtsanwalt		
– Beratungspflichten		
– = Buchwertklausel	94, 187	
– = Verfassungsbeschwerde, Mißbrauchsgebühr	94, 66	
– = Versorgungsausgleich, § 1587c Nr. 1 BGB	94, 160	
– Kündigungserklärung		
– = Originalvollmacht	94, 187	
– Maklertätigkeit	94, 122	
– Zulassung		
– = Anstellung/Treuhandanstalt	94, 252	
– = Versicherungsmakler	94, 122	
– = Kammer-Geschäftsführer	94, 122	
Rechtsberatung		
– Abwicklung d. nichtigen Rechtsberatungsvertrages		
– = Honoraranspruch	94, 62	
– des Gewerbebetreibenden Art. 1 § 5		
– = unmittelbarer Zusammenhang	94, 224	
– Honorarrückzahlung	94, 62	
– Kindergeldsache	94, 26	
– Rechtsbeistand		
– = Gesellschaftsrecht/Pachtvertrag	94, 62	
– Schuldenregulierung	94, 124	
Schaden		
– Anlageberatung	94, 248	
– Anlagezinsen	94, 228	
– Grunderwerbsteuerbelastung	94, 248	
– Nutzungsentzung	94, 161	
– Steuervorteile		
– = rechtswidrige –	94, 216	
– Vermögensauswirkungen		
– = bei fehlerhafter Anlage	94, 248	
– Wohnraum, steuerbegünstigt		
– = Architektenhaftung	94, 28	
– Zinsschaden/Anlagezinsen	94, 228	
Schadenbeseitigung		
– honorarfrei	94, 187	
Schuldbeitritt		
– zur Steuerschuld	94, 75	
Schuldnerverzeichnis		
– Berufsverbot	94, 80	
Singularzulassung	94, 208	
StB-GmbH		
– Alleingesellschafter: RA	94, 186	
Steuerberaterkammer		
– Merkblatt, Lohnsteuerberatung	94, 2	
Steuerberatungsvertrag		
– Auflösung d. –		
– = fristlose Kündigung, § 627 BGB	94, 58	
– Formularvertrag		
– = Kündigungsrecht	94, 58	
– Kündigung, § 627 BGB	94, 58	
Steuerhinterziehung		
– Steuerberater, Mittäter	94, 70, 92	
– Verjährung	94, 122	
– Vorbereitung der Steuererklärung d.	94, 92	
Steuerschuld		
– Niederschlagung	94, 75	
Streitverkündung		
– Verjährungsunterbrechung	94, 54	
Telefax		
– Anweisung an Bürokraft	94, 38	
– neue Telefaxnummer d. Justiz	94, 225	
– Zugangsnachweis	94, 28	
Treuhänder		
– Prospektangaben		
– = unrichtige	94, 66	
Umsatzsteuer		
– Ausweis durch Nichtunternehmen, Ehegatten	94, 212	
– Ehegattenmietvertrag	94, 92	
– Flohmarktbetreiber, § 4 Nr. 12 a	94, 228	
Unterbrechung der Verjährung, § 209 BGB		
– Mahnbescheid	94, 93	
– Streitverkündung	94, 54	

Unterschrift			
– Klageschrift	94, 12	– Fristenkontrolle	
		= Fristenkontrollbuch	94, 164, 167
Untreue, § 266 StGB			
– d. RA	94, 115	= Fristversäumnis, unverschuldete –	
– Vermögensverwalter	94, 115	= falsche Rechtsmittelbelehrung	94, 66
		= fehlerhafte Telefonauskunft	94, 72
Verdeckte Gewinnausschüttung		Werbeverbot	
– Steuerberatungs-GmbH im Konzern		– Branchentelefonbuch	94, 146
= Honorarrechnung	94, 224	– StB-Name in Unternehmensberatungsfirma	94, 224
– Zahlung für Kundenstamm	94, 28	– Tätigkeitshinweise	94, 146
Verfassungsbeschwerde		WP-GmbH	
– Mißbrauchsgebühr	94, 66	– Leiter, andere Aufgaben	94, 92
		– Stammkapitalnachweis	94, 92
Verjährung, § 51 BRAO		Zugang	
– Anlagerat	94, 198	– Beweis d. –	
– Belehrung über Fehler u. Verjährungs-		= d. Telefax	94, 26
vorschrift, Sekundäranspruch			
= Anlaß zur Belehrung	94, 53		
= Kenntnis d. Fehlers u. Verjährungsvorschrift	94, 199		
= neues Mandat	94, 53		
= neuer RA	94, 199		
– Provisionsgeschäfte	94, 198		
– Verjährungsbeginn			
= Anlageentscheidung	94, 199		
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)			
– Belehrungspflicht über eigene Fehler und		BGH v. 10. 2. 1992 – IX ZR 109/93	94, 187
Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch		BGH v. 15. 10. 1992 – IX ZR 43/92	94, 2
= Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung	94, 235	= VersR 1993, 358	
= Mandatsende	94, 86	= WM 1993, 251	
= neue OFD-Verfügung	94, 234	BGH v. 22. 10. 1992 – V ZR 112/92	94, 12
– Verjährungsbeginn		= NJW 1994, 55	
= Bilanzfehler	94, 93	= DB 1993, 2584	
= Einspruchsfrist	94, 175	BGH v. 28. 1. 1993 – IX B 41/92	94, 167
= Fristablauf	94, 175	BGH v. 6. 5. 1993 – I ZR 183/91	94, 2
= Gewinnverwendungsbeschluß	94, 93	= StB 1993, 422	
= Grundsatz d. Schadeneinheit	94, 93	= WM 93, 1605	
= Kosten d. Prüfungsberichtes	94, 93	= DSfR 93, 1463	
= Steuerabwälzung a. Mieter	94, 85	= BB 93, 1611	
= Umsatzsteuerschaden	94, 212, 234	BGH v. 27. 5. 1993 – IX ZR 66/92	94, 29
		= WM 1993, 1513	
		= NJW 1993, 2744	
		= VersR 1993, 1244	
		= DB 1993, 2326	
Verjährung (§ 852 BGB, § 19 BNotO)		BGH v. 7. 6. 1993 – V StR 212/93	94, 70
– Feststellungsinteresse, künftiger Anspruch	94, 2	= wistra 93, 302	
– Kenntnis d. Schadens		BGH v. 14. 6. 1993 – AnwZ (B) 15/93	94, 122
– Verjährungsbeginn		= BRAK-Mitt. 1994, 43	
= Schadenentstehung	94, 51	BGH v. 24. 6. 1993 – IX ZR 216/92	94, 40
		= WM 1993, 1889	
Verschulden		= DB 1993, 2327	
– BGH-Rechtsprechung	94, 139	= NJW 1993, 2747	
– Kollegialgerichtsentscheidung	94, 161	BGH v. 24. 6. 1993 – VII ZR 8/93	94, 186
		= VersR 94, 200	
Versorgungsausgleich		BGH v. 11. 8. 1993 – 2 StR 309/93	94, 115
– Herabsetzung, § 1587c Nr. 1 BGB	94, 159	= wistra 93, 300	
Verwertungsverbot		BGH v. 13. 9. 1993 – AnwSt (RI) 6/93	94, 146
– keine Betriebsprüfungsanordnung	94, 104	= BRAG-Mitt. 1994, 51	
Vollmacht		BGH v. 13. 9. 1993 – AnwZ (B) 24/93	94, 122
– Kündigung d. RA	94, 187	= BRAK-Mitt. 1994, 42	
Vormund		BGH v. 13. 9. 1993 – AnwZ (B) 25/93	94, 252
– Geldanlage	94, 177	= BRAK-Mitt. 1993, 219	
– Pflichtverletzung	94, 177	BGH v. 20. 9. 1993 – II ZB 10/93	94, 66
		= NJW 93, 3141	
Vorteilsausgleich		= WM 93, 2141	
– d. Steuerberaters	94, ...	= BB 93, 2408	
– Steuervorteil			
= AfA-Vorteile	94, 248		
Wiedereinsetzung			
– Büroversehen des StB/RA/WP			
= Info d. Justizbehörde/neue Telefaxnummer	94, 225		
– Fristenkontrollbuch	94, 167		

BGH v. 30. 9. 1993 – IX ZR 73/93 = WM 1994, 78 = NJW 1993, 3259 = DB 1993, 2373	94, 3	OLG Düsseldorf v. 10. 12. 1992 – 13 U 90/92, rkr.	94, 72
BGH v. 30. 9. 1993 – IX ZR 211/92 = NJW 93, 3323 = WM 93, 2129 = DB 93, 2374 = NJW 94, 501 Anm. Schäfer = BB 93, 2267	94, 139	OLG Düsseldorf v. 17. 12. 1992 – 13 U 98/92 – rkr.	94, 22
BGH v. 4. 10. 1993 – II ZB 9/93 = BB 93, 2336	94, 72	OLG Düsseldorf v. 7. 1. 1993 – 13 U 99/92	94, 243
BGH v. 18. 10. 1993 – II ZB 7/93	94, 164	OLG Düsseldorf v. 25. 2. 1993 – 13 U 223/91	94, 212
BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 21/93 = NJW 94, 459 = BB 94, 106	94, 39	OLG Düsseldorf v. 26. 2. 1993 – 13 U 117/92	94, 126
BGH v. 28. 10. 1993 – VII ZB 22/93 = NJW 94, 329 = DB 94, 141	94, 38	OLG Düsseldorf v. 11. 3. 1993 – 13 U 123/92	94, 56
BGH v. 28. 10. 1993 – IX ZR 252/92 = NJW 94, 379 = WM 94, 217	94, 67	OLG Düsseldorf v. 29. 4. 1993 – 13 U 188/92	94, 19
BGH v. 28. 10. 1993 – IX ZR 21/93 = NJW 94, 323 = WM 94, 33 = ZIP 93, 1886 = BB 94, 183	94, 93	OLG Düsseldorf v. 6. 5. 1993 – 13 U 86/91	94, 16
BGH v. 5. 11. 1993 – V ZR 1/93 = NJW 94, 257 = ZIP 93, 1879 = BB 94, 29	94, 111	OLG Düsseldorf v. 27. 5. 1993 – 13 U 201/92	94, 58
BGH v. 11. 11. 1993 – IX ZR 229/92 = NJW 1994, 442 = BB 1994, 171 = DB 1994, 779 = DSfR 1994, 412	94, 162	OLG Düsseldorf v. 17. 6. 1993 – 13 U 232/92	94, 130
BGH v. 23. 11. 1993 – 5 StR 595/93 = wistra 1994, 57	94, 122	OLG Düsseldorf v. 15. 7. 1993 – 13 U 245/92	94, 14
BGH v. 29. 11. 1993 – AnwZ (B) 36/93	94, 208	OLG Düsseldorf v. 19. 8. 1993 – 13 U 273/92	94, 133
BGH v. 29. 11. 1993 – AnwZ (B) 41/93 = BRAK-Mitt. 1994, 43	94, 122	OLG Düsseldorf v. 21. 10. 1993 – 13 U 1/93	94, 173
BGH v. 2. 12. 1993 – IX ZR 241/92	94, 209	OLG Düsseldorf v. 21. 10. 1993 – 13 U 295/92	94, 168
BGH v. 20. 1. 1994 – IX ZR 46/93 = NJW 1994, 1211 = WM 1994, 948 = MDR 1994, 516 = VersR 1994, 679	94, 153	OLG Frankfurt v. 15. 2. 1993 – 22 U 183/91	94, 123
BGH v. 27. 1. 1994 – IX ZR 195/93 = NJW 1994, 1405 = WM 1994, 504 = BB 1994, 1599	94, 198	OLG Hamm v. 5. 10. 1992 – 2 U 61/92 = AfF 06/94 – rkr.	94, 117
BGH v. 24. 3. 1994 – III ZB 14/94	94, 225	OLG Köln v. 3. 3. 1993 – 13 U 191/92	94, 229
BVerfG [2. Kammer des Ersten Senats] v. 11. 6. 1993 – 1 BvR 1240/92 = NJW 1994, 244	94, 186	OLG Köln v. 16. 6. 1993 – 11 U 37/93 = AfF 1993, 1188	94, 28
OLG Düsseldorf v. 12. 3. 1992 – 13 U 152/91	94, 24	OLG München v. 30. 7. 1990 – 31 U 1857/90 rkr. durch Nichtannahmebeschuß des BGH v. 10. 7. 1991 = RPKU 1.120/90	94, 66
OLG Düsseldorf v. 22. 10. 1992 – 18 U 94/92, rkr.	94, 7	OLG München v. 16. 12. 1992 – 7 U 5553/92 = NJW 1993, 2447	94, 28
		OLG München v. 9. 11. 1993 – 4 StRR 54/93 = wistra 94, 34	94, 92
		OLG München v. 22. 12. 1993 – 7 U 6331/91, n. rkr.	94, 216
		OLG Stuttgart v. 6. 7. 1993 – 12 U 229/92	94, 62
		LG Berlin v. 12. 1. 1993 – 5 O 299/92 – rkr.	94, 251
		LG Bochum v. 14. 4. 1993 – 6 O 450/92	94, 248
		LG Braunschweig v. 11. 3. 1993 – 4 O 457/92	94, 82
		LG Darmstadt v. 17. 12. 1992 – 9 O 170/92 = NJW 1993, 2448 LG Duisburg v. 22. 11. 1990 – 2 S 150/89	94, 28
		LG Düsseldorf v. 29. 1. 1993 – 45 StL 20/2 = StBK Köln 1993, Heft 10 – 12, 20	94, 66
		LG Hamburg v. 18. 2. 1994 – 328 O 391/91 – rkr.	94, 224
		LG Kiel v. 29. 6. 1993 – 6 O 414/92	94, 236
		LG Münster v. 10. 8. 1993 = StBK Rheinland-Pfalz 1994, 6	94, 85
			94, 224

AG Bremen v. 14. 2. 1992 – 7 C 453/91	94, 177
FG Köln v. 15. 2. 1993 – 3 K 3432/92 = LEXINFORM 0102894 = Steuertelex: 4418	94, 26
FG Niedersachsen v. 6. 10. 1993 – III 174/88	94, 104
FG Saarland v. 30. 3. 1993 – 1 K 168/92 = StB 1993, 301	94, 28
LSG Rheinland-Pfalz v. 22. 7. 1993 – L 6 Sb 46/93 = StB 1993, 423	
VG Hannover v. 25. 8. 1993 – 5 A 3374/91 = WPK-Mitt. 1994, 65	94, 92
VG Wiesbaden v. 14. 10. 1993 – 8/1 G 20.644/93	94, 180
VGH Hessen v. 11. 12. 1991 – 13 K 899/91	94, 80
VGH Mannheim v. 2. 12. 1993 – A 16 S 2083/93	94, 180
BFH v. 13. 10. 1992 – VII B 119/92 = BFH/NV 1993, 607	94, 152
BFH v. 15. 3. 1993 – V R 109/89 = NJW 1994, 216	94, 92
BFH v. 17. 6. 1993 – VI S 3/93 = BFH/NV 1993, 613	94, 152
BFH v. 22. 6. 1993 – IX R 19/89	94, 136
BFH v. 23. 6. 1993 – I R 72/92 = Stbg 1993, 562	94, 224
BFH v. 27. 7. 1993 – VII R 21/93 = Stbg 1993, 556	94, 186
BAG v. 24. 3. 1993 – 4 AZR 258/92	94, 224
OVG Münster v. 5. 8. 1993 – 22 A 1339/93 = NJW 1994, 402	94, 186
FinMin Brandenburg v. 24. 6. 1993, III/3 – S 0321-2/93	94, 122